

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 270 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 7/2017 VOM 20. JUNI 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Abschiebungen
im Kreistag**
Demo und Antrag der LINKEN

7-10 | **Mieten
in Eberswalde**
Schwerpunkthema Juli

15 | **Erste Schritte im Sand
mit den Zonenboys**
Finowerinnen lernen Beachhandball

Naturschutzgesetze als Spielball von Behörden

Die Kehrseite der Wiedereröffnung des Langen Trödels in Zerpenschleuse

Wer den »Langen Trödel« in Zerpenschleuse kennt, weiß, daß es sich um ein wahres Naturparadies handelt. Nach allem, was sich hier in den letzten eineinhalb Monaten abgespielt hat, muß man sich jetzt allerdings fragen, ob wir künftig über dieses Kleinod nur noch in der Vergangenheitsform sprechen werden.

Unglaublich, aber wahr – auf einer Strecke von mehr als sieben Kilometern hat zwischen Zerpenschleuse und Liebenwalde ein großflächiges Baumgemetzel stattgefunden. Mitten in der Vegetations- und Brutzeit.

Wer durch die Liebenwalder Straße in Zerpenschleuse fährt, sieht auf der gegenüberliegenden Uferseite Bäume mit aufgerissenen Stämmen, abgerissenen Ästen, halbiert, geköpft, zerstört. Und das ist erst der Anfang. In dieser apokalyptisch anmutenden Szenerie singt noch tapfer eine Nachtigall ihr Lied. Es ist Nistzeit. Fraglich, ob sie in diesem zerfahrenen Terrain noch einen Platz finden wird, denn sie baut ihr Nest im Unterholz und in Kraut- und Laubschichten.

Touristen schütteln verständnislos den Kopf, Einwohner sind verärgert über so viel respektlosen Umgang mit der Natur. KATHRIN FRIEDEL, die direkt am Kanal wohnt und nun jeden Tag in die zerstörte Landschaft schaut, äußert sich fassungslos. Sie habe Politikern vertraut, Kompetenz erwartet und sei nun maßlos enttäuscht und verunsichert, wen sie überhaupt noch wählen könne. Und mit Blick auf das gegenüberliegende Ufer fügt sie hinzu: »Wir sind nur zu Gast auf dieser Welt, die in Milliarden von Jahren geschaffen wurde und wir haben einfach kein Recht, so etwas zu tun.« Aber das Fatale ist, gerade die Behörden und Verantwortlichen, die sich von Hause aus dem Schutz der Natur verpflichtet fühlen müßten, haben die Genehmigung dafür erteilt (siehe Presseerklärung von Bündnis 90/Die Grünen auf Seite 11 in dieser Ausgabe und den MOZ-Beitrag von Hans Still vom 10.6.2017, Regionalausgabe Bernau; <http://www.moz.de/details/dg/0/1/1580190/>).

Diese Maßnahme reiht sich ein in eine Vielzahl von Fehlentscheidungen, die im Landkreis in vielen Orten sichtbar sind. Ob es das »ver-sehentliche« Abholzen von Feldhecken ist, das Verstümmeln von Bäumen durch sogenannte Kopfschnitte, das Beseitigen von Jahrzehnte gewachsenen Alleen.

Mancherorts im Barnim möchte man lieber nicht mehr alt wie ein Baum werden, denn dann könnte es ganz schnell vorbei sein mit dem Leben. Dabei ist jeder so alt gewordene Baum ein Glücksfall. Denn wer wachen Blickes durch die Landschaft geht, dem dürfte nicht entgangen sein, daß z.B. in diesem Jahr viele Bäume unter den klimabedingten Wetterkapriolen leiden. In Fachkreisen spricht man von sogenannten embolieähnlichen Symptomen, die durch plötzlich auftretende große Temperaturschwankungen und Trockenstreß entstehen. Erste Anzeichen sind schütterere Belaubung und vermehrte Totholzbildung. Im schlimmsten Fall sorgen weiterer Nährstoffmangel und die Ausbreitung von Baumkrankheiten für das Absterben ganzer Bestände, so, wie es gerade im Spreewald tausende Erlen trifft, die vom Erlenschlauchpilz befallen sind.

Können wir uns unter diesen Umständen leisten, Bäume so rücksichtslos zu behandeln? Nein, können wir nicht!

Und deshalb muß es ein Umdenken im Umgang mit der Natur geben und im Fall der Baumfällungen mitten in der Vegetations- und Brutzeit eine genaue Klärung der Verantwortlichkeiten und künftig klare Absprachen zwischen den Projektbeteiligten im WIN-Projekt, also der WIN-AG, dem Landesumweltamt, den Landkreisen Barnim und Ober-

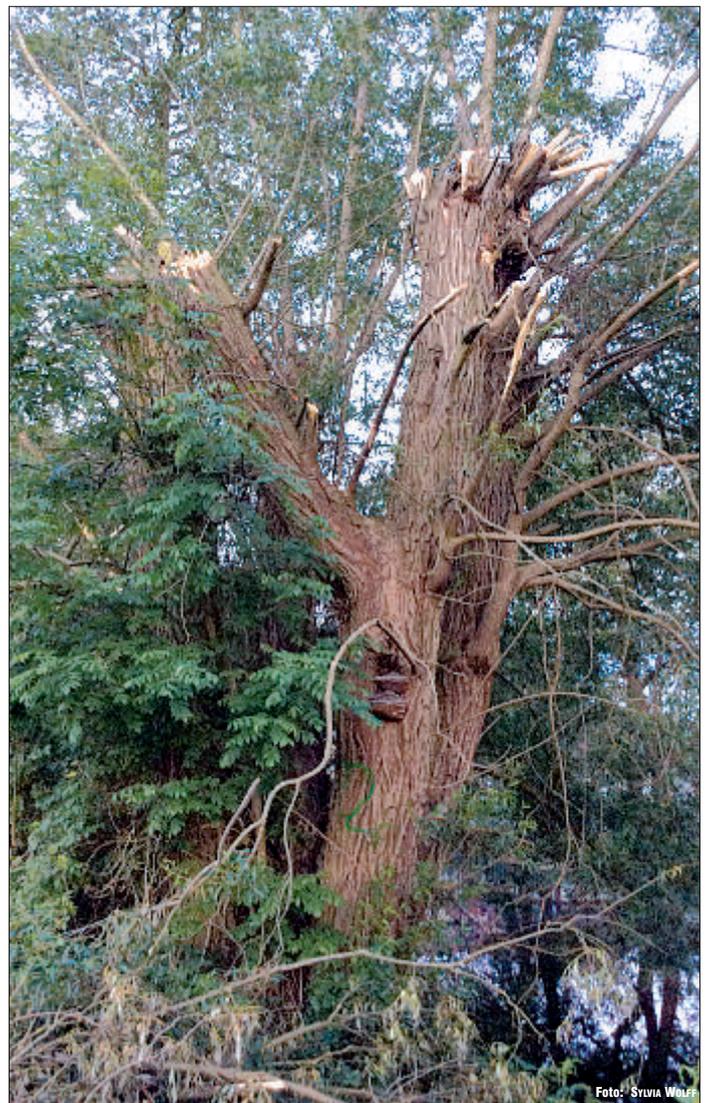


Foto: SYLVIA WOLFF

havel, dem Wasser- und Bodenverband »Schnelle Havel« mit Sitz in Liebenwalde sowie den Gemeinden Wandlitz und Liebenwalde.

Die »Verkehrssicherungsmaßnahme« ist vorerst beendet. Im Herbst soll es eine weitere geben. Hier wären die Behörden gut beraten, wenn sie Naturschutzverbände, qualifizierte Baumpfleger und sachkundige Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot holen würden.

Dr. SYLVIA WOLFF, Zerpenschleuse

Exitus und Anfang **Kein Vergleich mit Ex-Dezernenten**

Die finale Phase hat sich vollendet. Der Tod ist eingetreten. Der Barnimer Kreistag schrieb noch nicht den Totenschein, ließ Hintertürchen für letzte Reanimierungsversuche offen. Doch das Projekt »Kommunalisierung des Finowkanals oder seiner Schleusen« ist klinisch tot.

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte das per freud'schem Versprecher bereits im Januar aller Welt kundgetan, was damals aber nur der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde auffiel. Die Liste der zuweilen gar bösartig vorgetragenen Dementis war lang. Nun stellt sich heraus, daß die Fraktion damals die Lage genau richtig erkannt hatte. Doch vor den Dementis der Dementis kommt die Demenz und bald werden die Worte von gestern vergessen sein.

Statt konkreter Finanzierungszusagen für einen kommunalen Zweckverband zur Schleusenbetriebs, wie CDU und Bündnisgrüne beantragten, stimmte der Kreistag am 14. Juni für einen Änderungsantrag der SPD, der das ursprüngliche Anliegen faktisch umkehrt und lediglich eine überaus wabblige Unterstützung mit vielerlei Vorbehalten für eine fernere Zukunft in Aussicht stellt, falls sich die Kommunen mit dem Bund über irgendwas einigen. Letzteres dürfte kaum zu realisieren sein, weil nun die verbindliche Zusage einer finanziellen Unterstützung seitens des Landkreises fehlt.

Aber erstmal spielt der Kindergarten weiter »Schwarzer Peter«. Die Verwaltungsspitze der Stadt Eberswalde hatte in schöner Eintracht mit der Mehrheit der Stadtverordneten aus purem Populismus sich vor einer rechtzeitigen Entscheidung gedrückt und 100.000 Euro für ein völlig sinnloses Gutachten verpulvert, um eine Frage zu klären, deren Antwort längst klar war. Für Kanäle wie den Finowkanal sind der Bund oder das Land verantwortlich. Auf keinen Fall kann die Betreibung solcher Kanäle eine Aufgabe der Kommunen sein.

Der Bund hat sich 1998 verpflichtet, die Schiffbarkeit des Finowkanals aufrechtzuerhalten. Es gibt keinen Grund, den Bund von dieser Verpflichtung zu entlasten. Wenn der Finowkanal keine Bundeswasserstraße mehr sein soll, dann kommt das Land Brandenburg in die Pflicht – aber nicht die Kommunen, die mit der Aufgabe, in ihrem Bereich für eine kanalaffine Infrastruktur zu sorgen, gewiß schon mehr als ausreichende Beschäftigung hätten.

Die Kreistagsentscheidung sollte nun positiv genutzt werden. Bund und Land sind für die Aufrechterhaltung des Schleusenbetriebs verantwortlich. Es wäre an der Zeit, daß die politisch Verantwortlichen in Kreis und Kommunen nicht mehr Kindergarten spielen, sondern entsprechend ihrer gemeinsamen Verantwortung offensiv agieren. Die Verantwortung für den Finowkanal gehört in die Hand von Bund oder Land. Über alles andere kann man reden.

2 Dann kann das Ende der finalen Phase ein Anfang sein. GERD MARKMANN

Hauptverhandlung findet am 22. Juni, 13 Uhr, im Arbeitsgericht Eberswalde statt

Eberswalde (bbp). Sämtliche Vergleichsangebote der verschiedenen Seiten im Arbeitsrechtsstreit zwischen dem ehemaligen stellvertretenden Bürgermeister und Dezernenten Bellay Gatzlaff und der Stadt Eberswalde, vertreten durch Bürgermeister Friedhelm Boginski, sind gescheitert.

Der Kläger hatte sich »nach reiflicher Überlegung« bereit erklärt, den Vergleichsvorschlag des Gerichts vom 15. Februar zu akzeptieren. Dieser sah eine Entschädigung in Höhe von 60.000 Euro vor. Boginski hingegen blieb stur und will sich auf den Vorschlag des Gerichts nicht einlassen. Bellay Gatzlaff fordert insbesondere Satisfaktion für die erfahrene öffentliche Herabwürdigung seiner Person durch die aus seiner Sicht haltlosen Unterstellungen, mit denen Boginski den Rauswurf seines früheren Freundes betrieben hatte.

Die öffentliche Verhandlung des Rechtsstreits findet am 22. Juni um 13 Uhr im Saal 3

des Arbeitsgerichtes Eberswalde im Behördenzentrum in der Trämper Straße statt. Es wird damit gerechnet, daß in der Verhandlung nun auch die tatsächlichen Gründe, die zur fristlosen Entlassung führten, auf den Tisch kommen. Wie es heißt, soll dabei Gatzlaffs interne Kritik an verschiedenen Entscheidungen des Bürgermeisters, die finanzielle Schäden für die Stadt zur Folge hatten, eine große Rolle spielen. Inwieweit das schon seit längerem anwachsende selbstherrliche Verhalten des Bürgermeisters gegenüber mißliebigen Mitarbeitern, aber auch gegenüber kritischen Bürgerinnen und Bürgern zur Sprache kommt, ist derzeit noch unklar. Beobachter erwarten, daß die Gerichtsverhandlung mit einem weiteren großen finanziellen Verlust für die Stadt Eberswalde und zugleich einem erheblichen Reputationsverlust für Bürgermeister Boginski enden wird – falls die Seiten nicht doch noch zu einem Vergleich gelangen.

Schwerpunktthema Mieten

Veranlassung für das aktuelle Schwerpunktthema »Mietspiegel und Wohnmieten in Eberswalde – Mietpolitik der Stadt und der stadteigenen WHG« (Seiten 7 bis 10) ist die Veröffentlichung des IX. Mietspiegels im Dezember 2016 und die darauf folgende Welle der Mieterhöhungen durch die WHG und andere Vermieter in Eberswalde. Schon im Juni 2016 war von Stadtverordneten die Frage an den Bürgermeister gestellt worden, wie die WHG ihrer Satzungsverpflichtung gerecht wird, »breite Schichten der Bevölkerung« mit Wohnungen zu »sozial vertretbaren Mieten« zu versorgen (BBP 7 u. 11/2016). Die Welle der Mieterhöhungen verleiht dieser Frage eine erhöhte Brisanz und erfordert Antworten und Schlußfolgerungen. Die Texte unseres Schwerpunktthemas sollen dazu einen Beitrag liefern.

ALBRECHT TRILLER

»Islamgegner« in Bernau

Bernau (bbp). Der Zentralrat der Muslime hat vor, für die in Bernau lebenden Muslime einen Gebetsraum zu schaffen. Dagegen haben sogenannte »Islamgegner« mobil gemacht. Am 14. Juni demonstrierten etwa 50 vom Bernauer Bahnhof nach Bernau-Süd.

»Nach unserem Verständnis ist es völlig normal und folgerichtig, daß Menschen wohnortnah ihre Religion in angemessener Form praktizieren wollen und können«, sagt Thomas Janoschka von der Barnimer Willkommensinitiative. »Uns ist es daher wichtig, dem feindseligen Signal der Islamgegner ein Zeichen der Weltoffenheit und des Verständnisses entgegenzusetzen.«

Unter dem Motto »Für Toleranz und Religionsfreiheit – gegen Angstmacherei und Fremdenhaß« fand zeitgleich am Bernauer Marktplatz eine von Bündnis90/ Die Grünen angemeldete Kundgebung statt, mit der »ein Kontrapunkt« gegen die zeitgleiche Demonstration der Islamgegner gesetzt werden sollte.

Eine dritte Demo »Für ein weltoffenes Bernau – gegen Islamfeindlichkeit« stellte sich mit rund 50 Teilnehmern den »Islamgegnern« direkt in den Weg. Die Polizei trennte beide Demos, wobei ihr seitens der Bundestagskandidatin der

LINKEN Kerstin Kühn aggressives Verhalten vorgeworfen wird. Sie und zwei weitere Passanten seien in der Nähe der Demos von Polizisten vehement geschubst worden, so daß sie beinahe gestürzt wären. Kerstin Kühn will sich nun beim Polizeipräsidenten beschweren.

Info-Tafeln an Sportstätten

In einem Antrag der Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung Bernau regen die Linken an, Informationstafeln an Bernauer Sportstätten anzubringen.

Um einfach zugängliche Informationen für Interessierte und Neugierige zu plazieren, beantragt die Linksfraktion, daß Schaukästen vor Sportstätten der Stadt angebracht werden, in denen angezeigt wird, wann welcher Verein mit welchem Sportangebot die Anlage nutzt. In Bernau werden die Sporthallen und Sportplätze von Vereinen und Gruppen rege genutzt und sind nahezu ausgebucht. Deshalb sollen auch Informationen über freie Zeiten und die Kontaktdaten der Verwaltung und der Vereine angegeben werden. Informiert werden soll auch über Wettkämpfe, Events, Veranstaltungen, die in den Sportstätten stattfinden.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Diese »B 167 neu« brauchen wir nicht (Teil 5)

Nur zwei Durchgänge zum Kanal

Nach dem Knotenpunkt 4 (KP 4) nahe der Brotfabrik Märkisch Edel (BBP 6/2017) stellen wir Ihnen heute den angrenzenden Abschnitt mit dem Britzer Knoten (KP 5) im Detail vor.

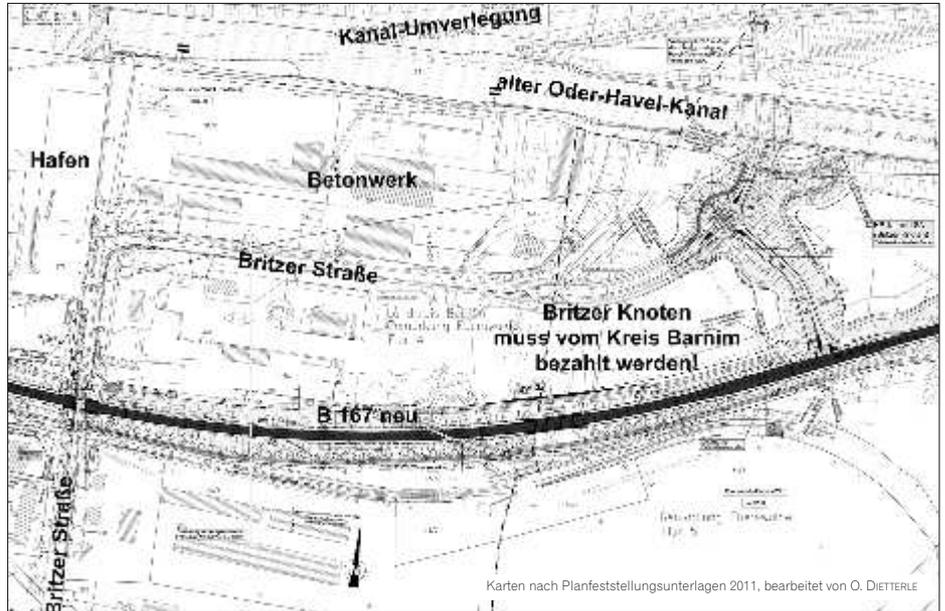
Daraus ist zu ersehen, daß es nach Realisierung nur noch an zwei Stellen möglich ist, auf die Nordseite der B 167 neu zu gelangen: An der Unterführung der Britzer Straße und am Britzer Knoten.

Wer hier die neue Straße erreichen will oder auch von ihr abfahren, der muß über Knoten und Kreisverkehr die Britzer Straße erreichen oder verlassen und kann dann die Britzer Straße in Richtung Norden nach Britz oder Richtung Süden nach Eberswalde-Westend nutzen. Es ist zu erwarten, daß damit die Britzer Straße selbst und der Stadtteil Westend einschließlich Boldtstraße und Kupferhammerweg stärker belastet werden.

Es ist fraglich, ob die Verbindung zwischen dem Britzer Knoten und Westend die Verkehrslast überhaupt aufnehmen kann. Der Bund als Bauherr ist jedenfalls nicht daran interessiert, die Probleme, die jetzt schon sichtbar sind, zu lösen. Der Britzer Knoten wird zwar »mitgeplant«, muß aber von der Stadt oder vom Landkreis bezahlt werden.

Diese Entscheidung steht in krassem Widerspruch zu den Beteuerungen des Bundes, wonach der Bau der Straße eine Infrastrukturmaßnahme zur Förderung der regionalen Wirtschaft und des überregionalen Verkehrs sein soll. Dazu gehört doch wohl ganz selbstverständlich, daß die regionale Wirtschaft auf kurzem Wege an die Straße angebunden wird! Anderenfalls gibt es kein Argument für die Realisierung der Straße überhaupt.

Wenn der Landrat oder Mitarbeiter seiner Verwaltung in der Vergangenheit davon sprachen, daß sich der Kreis an der Finanzierung der vom Bund nur optional vorgesehenen Knoten – hier KP 3 und KP 5 – zu gegebener Zeit beteiligen wird, dann ist das derzeit nicht



Karten nach Planfeststellungsunterlagen 2011, bearbeitet von O. DIETTERLE

mehr als ein hohler Vogel. Denn dazu gibt es ja noch keine Kreistagsbeschlüsse, ohne die eine Beteiligung des Kreises nicht möglich ist. Jeder Bürgermeister ist gut beraten zu prüfen, ob er auf derartige nackte Köder anbeißt. Wirklich zuständig und gegebenenfalls in der Pflicht sind allein die Kommunen! Sie müssen allein entscheiden und sie sollten diese Entscheidung in erster Linie davon abhängig machen, ob das Nutzen-Kosten-Verhältnis für die Errichtung der optionalen Knoten ausreicht. Der Kreis kann – Beschluß vorausgesetzt – zum Beispiel den Britzer Knoten mitfinanzieren, er muß es aber nicht!

Als gewerbliche Nutzer kommen nur wenige Unternehmen in Frage: Hafen, Mischfutterwerk, Betonwerk und Stahlhandel, dazu Raab-

Karcher und Grube und vielleicht auch ein paar Fahrzeuge der Wurstfabrik in Britz. Für die Betriebe an der Angermünder Straße wie z.B. Steil, Wellpappe, Rofin, Kaufland und private PKW bietet sich wohl eher der KP 4 an.

Es ist nicht zu erwarten, daß Fahrzeuge in größerer Zahl die neue Straße überhaupt nutzen werden. Angesichts der vorhandenen Straßen wird sich jeder Fahrer überlegen, wie er schneller und bequemer Eberswalde erreichen und auch wieder verlassen kann. Ob es eine gute Idee ist, bis zur Angermünder Straße zu fahren, um Eberswalde dann von Norden zu erreichen – das zeigen wir Ihnen in einer der nächsten Ausgaben der BBP.

OSKAR DIETTERLE und
JOHANNES MADEJA



Parkhaus am Bahnhof

DIE SPD-Fraktion freut sich sehr, daß nun auch die Stadtverwaltung zu der Einsicht gekommen ist, daß der Bahnhof als Dreh- und Angelpunkt der Mobilität und Entwicklung der Stadt Eberswalde für die Zukunft entwickelt werden muß.

Nachdem wir dies bereits in unserem Wahlprogramm forderten und in der Folge unermüdlich dafür eintraten, sind wir nun auch ein Stück weit stolz. Laut Pendleratlas des RBB von Juni 2015 sind 52,3% aller Erwerbstätigen in unserer Gemeinde Einpendler. Von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt pendeln täglich 6.283 Menschen zur Arbeit in andere Gemeinden, davon 25,3% nach Berlin. Diese Zahlen verdeutlichen, welche Bedeutung Mobilität in dieser Stadt hat und zukünftig haben wird. Darüber hinaus zeigt es, welche zentrale Bedeutung der Bahnhof für unsere Stadt hat.

Im Rahmen der 25-Jahr-Feier der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde äußerte uns gegenüber Prof. Dr.-Ing. Ulrich Schwarz vom Fachbereich Holzingenieurwesen der Hochschule den Vorschlag, daß am Bahnhof dringend benötigte Parkhaus in Holzbauweise zu errichten. Er erklärte sich gerne bereit, im Rahmen der Ausschreibung und der Konzeptionsphase dieses Parkhauses mit Fachwissen zur Seite zu stehen. Auch für zukünftige Projekte in der Stadt stelle er sich gerne beratend zur Seite.

DIE SPD-Fraktion begrüßt diesen Vorschlag und erachtet ein Parkhaus in Holzbauweise als eine Möglichkeit, der Stadt ein weiteres Alleinstellungsmerkmal zu geben. Darüber hinaus würde dies Eberswalde als grüne Waldstadt noch weiter herausstellen und den Konzepten von Nachhaltigkeit in Eberswalde und dem Barnim gerecht werden. Als Teil unserer Forderung nach einer verbesserten technischen Infrastruktur ist der Ausbau des Bahnhofs ein weiterer wichtiger und richtiger Schritt hin zu einem nachhaltigen und positivem Wachstum der Stadt.

HARDY LUX

BI »Radwege in Eberswalde«

Eberswalde (bbp). Die im Mai gegründete Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« hat erste Ziele formuliert. Als Sofortmaßnahme wird die Rücknahme der veränderten Verkehrsführung in der Heegermühler Straße gefordert. Das dort praktizierte Gegeneinanderausspielen von Rad- und Autoverkehr lehnt die BI ab. Mittelfristig müsse die Grundlage dafür, das Radnutzungskonzept von 2015, insbesondere dessen Leitbild, überarbeitet werden. Statt durchgehender Radschnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen müssten engmaschige Radverbindungen zwischen den Ortsteilen Priorität finden. Zudem müsse sich die Entwicklung des Radverkehrs auch im Haushalt der Stadt finanziell widerspiegeln.

Kontakt: radwege@alternative-eberswalde.de.

Abschiebungen im Kreistag

Eberswalde (bbp). Der Kreistag Barnim hat sich am 14. Juni mit dem Thema Abschiebungen beschäftigt. Ausgelöst durch eine Petition und die Demonstration am 8. Juni, an der sich etwa 180 Menschen beteiligten, darunter viele Geflüchtete.

Mehr als ein Dutzend Menschen, die Hälfte von ihnen Asylbewerber, nahmen am Kreistag als Besucher teil. Sie hatten ihre Transparente von der Demo dabei und zeigten sie vor Beginn den Kreistagsabgeordneten und Besuchern.

Im Kreistag gab es Anfragen in der Einwohnerfragestunde und durch die Fraktionen der Linken und der Grünen. Die Kreisverwaltung antwortete, daß es in diesem Jahr bereits 36 Abschiebeversuche gab, von denen 11 »erfolgreich« gewesen seien. Seitens der Flüchtlingsinitiativen werden diese Zahlen angezweifelt. Ihnen seien bereits 18 Menschen bekannt, die in diesem Jahr aus dem Barnim abgeschoben wurden.

»Wir gehen von einer weiteren Dunkelziffer aus«, sagte ein Vertreter der Willkommensinitiativen. »So erfuhren wir bei der Demonstration von einem weiteren Fall: Anfang April wurde in Eberswalde ein junger Mann aus Tschetschenien

früh gegen fünf Uhr an seiner Wohnungstür aufgefordert, sich für die Abschiebung fertig zu machen, allein ohne seine kranke Mutter. Nachdem er sich weigerte mitzugehen, wurde polizeilich Verstärkung geholt und er wurde sofort nach Moskau abgeschoben. Die Mutter befindet sich seitdem in der Psychiatrie.«

Zu den Anfragen im Kreistag antwortete Landrat Bodo Ihrke, daß die Kreisverwaltung nicht zuständig sei. Die Kreisverwaltung treffe keine Entscheidungen, sondern führe nur Anweisungen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus. Dabei gebe es keinerlei Ermessensspielräume.

Keiner der Kreistagsabgeordneten hat widersprochen. Denn die Ausländerbehörde verfügt durchaus über Ermessensspielräume.

Darauf zielte ein Antrag der Linksfraktion, welche die Ausländerbehörde aufgefordert, zumindest bei Flüchtlingen aus Afghanistan eine Einzelfallprüfung vorzunehmen und nach Möglichkeit die Duldung zu verlängern statt abzuschieben. Dieser Antrag wurde letztlich mit einer deutlichen Mehrheit angenommen, wobei vor allem die Kreistagsabgeordneten der CDU dagegen stimmten.



Foto: ALBRECHT TRILLER

Vom Los zur Willenserklärung?

Kreistagsfraktion BKB/Freie Wähler fordert: Landrat Ihrke soll Amtszeit beenden

Seit nunmehr 27 Jahren führt Bodo Ihrke die Geschäfte des Landkreises Barnim (vor 1993 Landkreis Eberswalde). Sein aktuelles Mandat errang der SPD-Mann im Frühjahr 2010 per Los.

Seine reguläre Amtszeit endet Anfang 2018. Doch die rot-rote Landtagsmehrheit plant, die Amtszeiten per Dekret zu verlängern. So sollen die Amtsinhaber selber entscheiden können, ob sie noch anderthalb Jahre länger, also bis Mitte 2019 weitermachen. Ohne Wahl, ohne

Ausschreibung – einfach per Willenserklärung. Dies halten wir für demokratisch nicht vertretbar. Ein Grundpfeiler demokratischer Legitimität ist die Periodizität und Machtübertragung auf Zeit – wobei der Zeitrahmen VOR der Wahl bekannt sein muß.

Daher fordern wir von Bodo Ihrke ein klares Bekenntnis, daß er diese beispiellose Amtszeitenverlängerung nicht nutzt, sondern sich zumindest einem neuen Votum stellt.

PÉTER VIDA

Kritik an Öffnungszeiten

Neues aus der Provinz

Ein Besuch in der Eberswalder Stadtbibliothek, die kürzlich ihr 70. Jubiläum feierte, ist immer ein kulturelles Erlebnis. Ein immenser Schatz an Büchern, Zeitschriften, CDs und Videos erwartet den aufnahmebereiten Besucher. Hier kann man mit Muße die Tageszeitung studieren und zwar kostenlos!

Ja, man könnte, wenn nicht diese vertrackten Öffnungszeiten wären. Wie oft hört man Besucher klagen, daß sie am Vormittag ein Buch abgeben wollten – aber, es war geschlossen. Sie klagen zwar über sich und ihre Schusseligkeit, sich die Zeiten zu merken; aber in Wirklichkeit scheitern sie an steinzeitlichen provinziellen Öffnungszeiten, die an Besucherunfreundlichkeit kaum zu überbieten sind.

Im Vergleich mit anderen Städten der Region landet Eberswalde auf dem letzten Platz. Die meisten Bibliotheken öffnen standardmäßig um 10, und in der Wochensumme sind sie mit durchschnittlich 33 Stunden deutlich besser als die Barnimer Waldstadt mit gerade

mal 28 Stunden. An den Eberswalder Bürgern liegt es mit Sicherheit nicht.

Durch den Umzug der Eberswalder Bibliothek in das neu sanierte Bürgerbildungszentrum wurde offenbar nicht nur der Bestand an Büchern verkleinert – man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch viele Mitarbeiter gehen mußten. Zwar wurde das begründet mit dem neuen Ausleiheverfahren per Chipkarte, aber besser wäre es gewesen, die erfahrenen Kolleginnen für eine Erweiterung der Öffnungszeiten einzusetzen. So ist Eberswalde auf dem Gebiet der Bürgerbildung tiefste Provinz in der Provinz. Man darf eben nicht vergessen: Das kulturelle Aushängeschild einer Stadt wie Eberswalde ist und bleibt die Bibliothek, zumal sie jetzt in einem so repräsentativen Gebäude untergebracht ist wie dem Bürgerbildungszentrum »Amadeu Antonio«.

Wie lange schläft Eberswalde noch seinen Dornröschenschlaf?

JÜRGEN GRAMZOW

Bibliothek	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	Std.
Eberswalde	14-18	10-18	—	10-18	14-18	10-14	28
Bernau	10-18	10-19	—	10-18	10-16	10-12	33
Schwedt	—	10-18	10-18	10-18	10-18	—	32
Frankfurt/O.	—	10-18	14-18	10-18	10-18	10-13	31
Potsdam	15-19	10-19	10-19	10-19	10-19	10-16	46
Oranienburg	10-19	10-19	—	10-16	10-16	10-13	33
Fürstenwalde	10-18	10-18	*	10-19	10-18	10-13	36

* In der Stadtbibliothek Fürstenwalde ist der Mittwoch für Veranstaltungen reserviert.

Rathausspitze für sicheres Radfahren?

Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Planungen für die B 167 neu und der Realisierung eines sog. Radwegekonzepts und weiterer Sicherheitsmaßnahmen entlang der B167 alt? Wer hier glaubt, die Antwort »nein« wäre richtig, der sei an folgendes erinnert:

Es begann vor Jahren mit dem Rückbau einiger Bustaschen mit durchaus nachteiligen Folgen für den fließenden Verkehr. Die Zahl der Ampelanlagen wurde stetig vergrößert. »Netto« in Finowfurt brauchte natürlich eine zusätzliche Ampel für Fußgänger und Radfahrer, »Real« braucht zwei Zufahrten, also auch zwei Ampelanlagen. »Aldi« in Finow bekam natürlich auch eine eigene Ampel (inzwischen wegen Wegzug von Aldi stillgelegt) und natürlich wollte »Rewe« in Westend auch eine Ampel – und hat sie bekommen. Nachdem der Verkehrsknoten »Friedensbrücke« erst vor wenigen Jahren komplett erneuert und ertüchtigt wurde kostet der Rückbau zu einer einfachen Kreuzung jetzt erneut Millionen mit dem Ergebnis: Mehr Sicherheit, wie versprochen? Nein! Nur eines ist sicher: Es wir Stau geben!

Das alles wird uns verkauft als Teil eines Konzepts zur Erhöhung der Sicherheit und wir lesen, daß hier Stadtverwaltung und Landesbetrieb eng zusammenarbeiten. Das ist zumindest überraschend, erklärt doch der Landesbetrieb für Straßenwesen seit Jahren stereotyp, daß er für die Lösung der Verkehrsprobleme in der Stadt gar nicht zuständig ist.

Warum also dieses Engagement? Ganz einfach: Der Landesbetrieb hat ein Problem. Er muß die B167neu planen und in dem Zusammenhang den Nutzen dieser Straße nachweisen. Ein hoher Nutzen-Kosten-Faktor ist nämlich das Hauptargument für die Realisierung der Straße, für deren Bedarf schlechthin.

Von Finowfurt bis Eberswalde (Rathaus?) sollen 20 Minuten Fahrzeit eingespart werden – darauf beruht der Nutzen! Nun braucht man aber für diese Strecke jetzt auf der B 167 alt – trotz 16 Ampelanlagen – nur wenig mehr als 20 Minuten. Wie soll man da die Einsparung erreichen? Hier hilft nur ein Trick: Man muß die die derzeit erforderliche Fahrzeit nur verdoppeln. So einfach ist das!

Und daran arbeiten Stadtverwaltung und Landesbetrieb seit Jahren, allerdings noch nicht erfolgreich genug. Da ist die Verbreiterung der Radwege zu Lasten von Fahrspuren die zündende Idee. So kann das Ziel erreicht werden. Zudem spart das Geld für den Bau von Radwegen.

Rückgabe der Rücklage

Kreistagsmehrheit ist dagegen

Eberswalde (bbp). Die Fraktion BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim hat einen Beschlußantrag auf Verwendung der kreislichen Rücklage in Höhe von 77 Millionen Euro gestellt. Nach einem Vorabzug für die schulischen Investitionen schlägt die Fraktion eine Aufteilung der verbleibenden 32 Millionen Euro an die Gemeinden entsprechend dem Einwohneranteil vor. Je Einwohner bekämen die Städte und Gemeinden demnach knapp 180 Euro.

»Die Barnimer Kommunen haben durch die gestiegene Kreisumlage erheblich zum Überschuß beigetragen«, stellt der Fraktionsvorsitzende Péter Vida fest. »Deswegen ist es nur gerecht, sie hieran auch zu beteiligen. Damit wird das Geld dort ausgegeben, wo es auch gebraucht wird und zweckgebunden mit Ortskenntnis eingesetzt werden kann. Die sich hiernach ergebenden Summen ermöglichen somit auch in kleinen Gemeinden dringend benötigte Investitionen.«

Angesichts der drohenden Kreisgebietsreform mit anschließend geplanter Gemeindegebietsreform sei es Aufgabe des Landkreises, seine Gemeinden zu stärken. Die Fraktion kritisiert, daß der Landrat die Verwendung des Betrages nicht in den demokratisch vorgesehenen Gremien, sondern in internen Runden mit ausgewählten Parteivertretern bespricht.

Am 16. Juni stand der Vorschlag auf der Tagesordnung des Barnimer Kreistages. Dort wurde der Antrag von der Mehrheit der Kreistagsabgeordneten abgelehnt.

Nachdem sich die Autofahrer immer noch nicht an die Einengung auf eine Fahrspur gewöhnt haben – und es wohl auch nicht tun werden – erklärt nun die Stadtverwaltung, daß »weitere Schutzstreifen kommen« (MOZ, 5.5. 2017). Die Bürger – so die Voraussage der Amtsleiterin – werden sich daran gewöhnen.

Als ich neulich wieder einmal mit dem Fahrrad in Eberswalde war, fühlte ich mich zwischen den beiden PKW vor und hinter mir so richtig geschützt. Beide ignorierten, daß es nur noch eine Fahrspur für Autos gibt und nahmen mich – halb auf dem Fahrradstreifen fahrend – einfach in die Mitte. Ein schönes Gefühl!

Ich fühlte mich erinnert an eine Aussage eines Mitglieds der Fraktion der Partei der Besserverdienenden vor Jahren im Kreistag. Es ging um Geld für Fahrradwege. Während alle anderen Fraktionsvorsitzenden (die selbst nur selten Fahrrad fahren) ein Loblied auf die Fahrradfahrer sangen, sagte dieser Mann die Wahrheit, offen und deutlich: Ja, wir sollten Geld in die Hand nehmen und Fahrradwege bauen, damit endlich »die Scheiß-Fahrradfahrer« (wörtlich!) von der Straße verschwinden. Daran werde ich wieder denken, wenn jemand aus der Verwaltung beteuert, daß es ihm um die Sicherheit der Fahrradfahrer geht. Worum es wirklich geht – das weiß ich jetzt besser!

JOHANNES MADEJA

Neues Stadtteilentwicklungskonzept **Bewohnerumfrage**

Eberswalde (bbp). »In den vergangenen Jahren ist viel Positives im Brandenburgisches Viertel in Eberswalde passiert«, heißt es in einer aktuellen Pressemitteilung der Stadtverwaltung Eberswalde. Baulich sei zum Beispiel das Dietrich-Bonhoefer-Haus mit Außenfläche entstanden, berichtet die städtische Pressesprecherin Nancy Kersten und zählt weiter auf, daß das Bürgerzentrum sowie die Vereinshäuser »Freizeit-schiff« und »Havellandstraße 15« mit dem Verkehrsgarten umgebaut und aufgewertet wurden und die Grundschule Schwärzensee ist in »das modernste Schulgebäude der Stadt Eberswalde« eingezogen ist. »Auf der anderen Seite wurden unter anderem das alte Gebäude Grundschule Schwärzensee und die ehemalige Kaufhalle abgerissen.« Nancy Kersten verweist auch auf die regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen im Brandenburgischen Viertel. Das Familienfest im Sommer und der Weihnachtsmarkt im Winter seien inzwischen etablierte Veranstaltungen. Neben diesen gebe es viele kleine Aktionen und Feste in den Kitas und in der Schule, »sodaß immer etwas los ist«.

Damit es noch besser wird, möchte die Stadtverwaltung Eberswalde erfahren, was die Bewohnerinnen und Bewohner des Brandenburgischen Viertels über ihren Wohnort denken. Daher startet die Verwaltung am 26. Juni 2017 eine Bewohnerumfrage. Dies ist wichtig für die Weiterentwicklung des Stadtteils.

»Vor fünf, sechs Jahren gab es für das Viertel eine Sozialstudie und ein Verstärkungskonzept. Die durch Fördermittel-Maßnahmen angestoßenen Dinge sollen in weiterführende Strukturen gebracht werden. Dafür sind aber aktuelle Daten und Fakten sowie eine Evaluation von Studie und Konzept notwendig«, so Silke Leuschner, die Leiterin des Eberswalder Stadtentwicklungsamtes.

Mit Unterstützung der Wohnungsunternehmen AWO Eberswalde e.V, TAG Immobilien AG, WBG e.G. und WHG GmbH werden die Fragebögen in die Briefkästen verteilt. Drei Wochen lang bis zum 14. Juli 2017 haben die Bewohnerinnen und Bewohner die Möglichkeit, ihre Meinung zu ihrem Wohnviertel abzugeben.

Der ausgefüllte Fragebogen kann portofrei an die S.T.E.R.N. GmbH zurückgesandt werden oder vor Ort an folgenden Stellen abgegeben werden: Im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13, Quartiersmanagement, im AWO-Mieterbüro in der Frankfurter Allee 24, im Mieterbüro der TAG in der Frankfurter Allee 13 und im bei der WBG e.G. in der Ringstraße 183 in Finow.

Die Firma S.T.E.R.N. GmbH aus Berlin unterstützt die Befragung und steht während des Befragungszeitraums für Rückfragen zur Verfügung. Ansprechperson ist Patricia Berndt, zu erreichen per E-Mail: berndt.patricia@stern-berlin.de oder telefonisch 030 443636-91.

(www.maxe-eberswalde.de)

Unterschriftenaktion »Wir entscheiden mit«

Die Gruppe BVB/Freie Wähler im Brandenburger Landtag hat gemeinsam mit anderen Verbänden und Gruppen eine Unterschriftensammlung im Lande Brandenburg für mehr direkte Demokratie initiiert. Ziel ist, die bestehenden Hürden für kommunale Bürgerbegehren und landesweite Volksbegehren zu senken. Brandenburg ist Schlußlicht in Sachen Mitbestimmung. Die Hürden für direkte Mitsprache sind besonders hoch. Bei Behinderung von bürgerschaftlicher Mitbestimmung entsteht nicht nur Unzufriedenheit, sondern sie fördert auch populistische Strömungen.

Deshalb soll nun eine Reform der direkten Demokratie angestoßen werden. Dafür die Unterschriften. Die Unterschriften müssen für die kommunale Ebene (Bürgerbegehren) und die

Landesebene getrennt abgegeben werden. Wie geboten auch für Eberswalde bürgerschaftliche Mitbestimmung wäre, erlebt die Stadt gerade am Beispiel des umstrittenen Umbaus der Kreuzung Friedensbrücke. Hier soll die bewährte Form mit den beiden »Beipässen« in eine Ampelkreuzung ohne »Beipässe« zurückgebaut werden.

Bei der angelaufenen Unterschriftensammlung zeigte sich, wie groß das Kopfschütteln über den Rückbau in der Bevölkerung ist. Die Unterschriftenaktion soll zu neuen Gesetzentwürfen für Bürger- und Volksbegehren mit fairen Regeln, erweiterten Themen, klaren Fristen und finanzieller Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements führen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Ab sofort können die Volksinitiativen auch sehr leicht auf der Plattform openpetition unterstützt werden: www.wir-entscheiden-mit.de/jetzt-unterschreiben.

Die Unterschriftenlisten, die mit der Juni-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« verteilt wurden, können, wenn sie ausgefüllt sind, auch an die BBP-Redaktion zurückgesandt werden (Adresse siehe Impressum auf Seite 16).

20.000 Unterschriften werden gebraucht

Eberswalde/Bernau (bbp). Die im April gestartete Unterschriftensammlung der Volksinitiative »Wir entscheiden mit!« sammelt nun auch im Barnim massiv Unterschriften sammeln. Nach der ersten Sammlung am ersten Mai und einigen kleineren Aktionen, waren die Mitsstreiter von »Wir entscheiden mit« beim Eberswalder Stadtfest FiNE aktiv. In Bernau ist auch Péter Vida, Landesvorsitzender von BKB/Freie Wähler, mit dabei. BVB/Freie Wähler will mit Plakaten und Infoständen auf das Vorhaben aufmerksam machen.

In der Volksinitiative geht es um die Senkung der Hürden bei Bürgerbegehren und

Volksinitiativen. Für die Landesebene wird unter anderem gefordert, daß die freie Unterschriftensammlung zugelassen und der Ausschlußkatalog ausgedünnt wird. Für den kommunalen Bereich sollen die Unterschriften- und Zustimmungsqouren gesenkt werden.

Da Barnim und Bernau zu den Gebieten mit besonders viel direkt-demokratischer Erfahrung gehören, sagt Péter Vida, gehen die Initiatoren von viel Zuspruch aus. In der ersten Stufe müssen jeweils 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Mehr Informationen zur Volksinitiative »Wir entscheiden mit« unter www.wir-entscheiden-mit.de.

Internationales EU-Watertourprojekt

In Zusammenarbeit mit der polnischen Region Kujawien-Pommern und dem litauischen Schiffahrtsforschungsinstitut NPPE in Klaipėda beteiligt sich der Verein Unser Finowkanal e.V. als deutscher Partner an dem soeben bewilligten EU-'Watertour'-Projekt entlang der Internationalen Wasserstraße E70.

Hauptziel des 'Watertour'-Projekts ist die Entwicklung geeigneter Maßnahmen und Systeme zur Harmonisierung des Wassertourismus zwischen den Ländern entlang dieser bedeutenden historischen Ost-West-Achse, deren Ursprung in der Notwendigkeit der einstigen preußischen Regierung bestand, Rohmaterialien und Fertigprodukte zwischen Berlin und den damaligen östlichen Provinzen zu transportieren. Die zentrale Rolle spielte hierbei der Finowkanal, über den vor mehr als einhundert Jahren Floßholz bis aus Rußland für den Aufbau der Stadt Berlin und den Betrieb der Industrien geschleust wurde. Nicht zuletzt erwarten

die am Projekt beteiligten Länder eine wirtschaftliche Belebung der Regionen an dieser wichtigen touristischen Binnenwasserstraße durch den Abbau von Informationsdefiziten und Reisehindernissen. Schon heute zeichnet sich ein großes Interesse der Wassertouristen an der Erkundung der jeweiligen anderen Abschnitte dieser bedeutenden Wasserstraße ab.

Der Verein Unser Finowkanal würdigt diese Zusammenhänge mit der Arbeit und dem Einsatz seiner ehrenamtlichen Mitglieder zum Erhalt des Finowkanals als schiffbare Wasserstraße sowie der an seinen Ufern noch vorhandenen Denkmale aus der Pionierzeit der deutschen Industrialisierung. Der offizielle Projektstart erfolgt im September dieses Jahres in der polnischen Stadt Torun. Auch der Verein Unser Finowkanal e.V. wird im Verlauf des Projekts zweimal Gastgeber für die Arbeitstreffen der Teilnehmer aus Polen und Litauen sein.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Sofortmaßnahmen zur Änderung der Mietpreispolitik der WHG

1. Ein Stopp für alle weiteren beabsichtigten Mieterhöhungen der WHG bis zu einer Entscheidung der StVV darüber.
2. Bis dahin Aussetzung der im Jahre 2017 von der WHG geforderten Mieterhöhungen.
3. Entscheidung über notwendige und sozial verträgliche Mieterhöhungen der WHG durch die Stadtverordnetenversammlung.
4. Schluß mit der »Härtefall-Lösung«, bei der sich die Mieter »nackig« machen müssen, um soziale Gerechtigkeit zu erfahren.
5. Beschränkung der Aufgaben der WHG auf die Daseinsvorsorge Wohnen.

Vorschläge für den WHG-Gesellschaftsvertrag

Die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde befindet sich zu 100 % im Eigentum der Stadt Eberswalde. Im Gesellschaftsvertrag der WHG ist das Ziel festgelegt, »breite Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten« zu versorgen. Ob die WHG dieser Zielstellung tatsächlich gerecht wird, muß angesichts der aktuellen Mietpraxis in Zweifel gezogen werden.

Daraus ergibt sich auch die Frage, welche Kontrollmechanismen nötig sind und ob gegebenenfalls präzisierende Klarstellungen im Gesellschaftsvertrag festzulegen sind.

1. Der kommunale Charakter der WHG sollte gestärkt werden, um Transparenz und Mitbestimmung zu erhöhen. Die Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder ist auf das absolut notwendige Niveau zu beschränken. Dazu sind entsprechende Festlegungen im Gesellschaftsvertrag zu treffen. § 52 des GmbH-Gesetzes läßt es zu, die Geheimhaltungspflicht der AR-Mitglieder dementsprechend zu beschränken.

2. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist im Gesellschaftsvertrag nicht fixiert. Gleichwohl sind Gewinnausschüttungen möglich. Soweit eine Gewinnerzielungsabsicht besteht, sollte eine Gewinnausschüttung nur in besonders zu genehmigenden Fällen zugelassen sein. Dafür ist eine Regelung im Gesellschaftsvertrag erforderlich.

3. Der § 2 Absatz 2 gestattet der WHG, Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitzustellen. Damit dies nicht zu Lasten der Mieter geht bzw. indirekt über die Miete finanziert wird, darf dies nur mit besonderer Ermächtigung (z.B. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung) gestattet werden. Es ist zu sichern, daß die Wahrnehmung von Aufgaben nach Absatz 2 nur bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit der Einzelmaßnahme erfolgt.



Große Teile der Gewerberäume in den MichaelisGärten stehen noch immer leer. Umfangreiche Sonderabschreibungen waren die Folge.

Die Maßnahmen dürfen keine negativen Auswirkungen auf die Erfüllung des Hauptzwecks der WHG gemäß Absatz 1 haben.

4. Zur Sicherung der Interessen der Mieter ist durch die WHG in Wahrnehmung einer treuhänderischen Pflicht für die Mieter zu gewährleisten, daß Investitionen zum Vorteil der Mieter durchgeführt werden und Verträge mit Versorgern minimale Betriebskosten bewirken.

5. Auch eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen erscheint sinnvoll.

6. Die in § 2 (4) enthaltene Wohnungsgemeinnützigkeit erfordert eine weitere Unter-

setzung durch Grundsätze der Wohnungsgemeinnützigkeit, wie beispielsweise: Verzicht auf Gewinnerzielung der Gesellschaft, Vermietung von Wohnungen an sozial benachteiligte Haushalte zu Mieten unterhalb des Marktniveaus und Zweckbindung der Mittel für die Bewirtschaftung und den Bau neuer Wohnungen.

7. Zur Erhöhung des Einflusses der StVV auf die Geschäftstätigkeit der WHG sollte der Bürgermeister nicht zugleich Aufsichtsratsvorsitzender sein.

8. Der Gesellschaftsvertrag sollte konkrete Bestimmungen enthalten, in welchen Fällen der Bürgermeister als Gesellschaftervertreter die StVV zu informieren bzw. deren Zustimmung einzuholen hat.

9. Der Gesellschaftsvertrag der WHG ist öffentlich zu machen.

Kontrolle in den Zeilen

Früher suchte man im zentralen Organ des neuen Deutschlands zwischen den Zeilen nach den interessanten und wichtigen Informationen. Man konnte dort wesentliche Nachrichten finden, wenn man genau las.

Wir haben es heute einfacher. Die entscheidenden Aussagen finden sich ohne langes Suchen in den Texten. Vorausgesetzt, es handelt sich um ein authentisches und autorisiertes Schriftstück. Das ist gar nicht so einfach zu finden, denn heute läßt man schreiben.

Wie durch ein Wunder kriechen selbst die verborgensten Gedanken der Bestimmer in die Zeilen. Das muß wohl an der Konstruktion unseres Gehirns liegen. Zum Beleg folgen Sie mir bitte in den Mietspiegel der Stadt Eberswalde.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist »ein Mietspiegel eine Übersicht über die ortsübliche Vergleichsmiete, soweit die Übersicht von der Gemeinde oder von Interessenvertretern der Vermieter und der Mieter gemeinsam erstellt oder anerkannt worden ist« (BGB§ 558c Abs.1). In Eberswalde soll »der Mietspiegel Mieter in die Lage versetzen, sich auf einfache und übersichtliche Weise Kenntnis über die in Mieterhöhungsverfahren wichtigen Informationen des Mietpreisgefüges in Eberswalde zu verschaffen« (Mietspiegel 2016).

Da springt uns schon der wesentliche Hintergrundgedanke entgegen. In Eberswalde dient der Mietspiegel der Mieterhöhung.

Fünf große Vermieter, ein Verein der kleinen Vermieter, ein auswärtiger Verein der Mieter und eine Hochschule haben in trauriger Eintracht unter Moderation der Verwaltung der Stadt Eberswalde am Mieterhöhungsspiegel gearbeitet. Statt einer klaren und zuordenbaren Verantwortlichkeit findet sich scheinbar traute Eintracht auf dem Eberswalder Weg.

Die Stadtverwaltung kontrolliert gleich dreifach das offenkundige Ungleichgewicht zwischen fünf großen Vermietern und einem auswärtigen Mieterverein durch ihre Moderation und die anschließende Anerkennung des nicht ganz koscheren Mietspiegels, an dem sie selbst als Eigentümer des größten Vermieters wesentlich beteiligt war.

Im Anhang des Mietspiegels, dort wo die Mieten stehen, findet sich auch ein Grund. Der Eberswalder Mieterhöhungsspiegel berücksichtigt Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit vergleichbarer Wohnungen, nicht aber, wie gesetzlich vorgeschrieben, deren Lage. Die Lage einer Wohnung entscheidet letztendlich über deren Preis, das lernt der Immobilienmakler in der ersten Arbeitsstunde.

Die offensichtlich schlechtere Lage vergleichbarer Wohnungen im ungeliebten und vernachlässigten Brandenburgischen Viertel ist nicht in der ortsüblichen Miete berücksichtigt worden. So leisten die Mieter im Brandenburgischen Viertel ihren zusätzlichen Beitrag zur Sanierung der städtischen Wohnungsgesellschaft.

Richter der Vermieter

Eberswalde (bbp). Der Mietspiegel sei ein »Mietdarstellungsinstrument, kein Begrenzungsinstrument«, sagte WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam im Mai den Mitgliedern des städtischen Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen und verwies »in dem Zusammenhang« auf »ein schönes Urteil« des Amtsgerichts Eberswalde vom 14. März. Dies sei nicht von der WHG »erstritten« worden, sondern »von den Kollegen der Wohnungsbaugenossenschaft«.

Das Urteil fällt der Richter der 2. Abteilung am Amtsgericht Gross. WHG-Geschäftsführer Adam zitierte: »Zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete kann auf den Mietspiegel der Stadt Eberswalde zurückgegriffen werden. Auch wenn es sich hierbei nicht um einen qualifizierten Mietspiegel im Sinne des Gesetzes handelt, ist dieser Mietspiegel jedoch Grundlage für eine richterliche Schätzung gemäß § 287 ZPO, da an dem Mietspiegel nicht nur der Mieterverein, sondern fünf Vermieter mitgewirkt haben, die den mit weitem Abstand größten Anteil der in Eberswalde vermieteten Wohnungen halten. Die dem Mietspiegel zugrundeliegenden erhobenen Daten umfassen mehrere tausend Wohnungen und können als repräsentative Bemessungsgrundlage gelten.«

Richter Gross verwendet diesen Textbaustein offenbar häufig in seinen Urteilen. Nach eigener Aussage nicht immer mit Erfolg. Am gleichen Tag (14.3.2017) erklärte Richter Gross im Gütertermin eines anderen Verfahrens, daß jüngst in zwei Fällen, in denen er den Mittelwert des Mietspiegels als zutreffende ortsübliche Miete bewertet und danach sein Urteil gesprochen hatte, ihm dies vom Berufungsgericht »um die Ohren gehauen« wurde. Das Berufungsgericht habe festgestellt, daß er dabei Willkür ausgeübt habe. Daher wolle er diesmal nicht so urteilen, daß der Mittelwert die maßgebliche ortsübliche Miete sei.

Wer nun eine Zurückweisung der Mieterhöhungsklage erwartet hätte, sah sich getäuscht. Vielmehr schlug der Richter vor, lediglich den Termin der Mieterhöhung etwas nach hinten zu schieben und nannte das Vergleich. Zugleich drohte Amtsrichter Gross an, er würde andernfalls einen Gutachter bestellen, was selbst im Erfolgsfall mit hohen Kosten für die Beklagte verbunden wäre.

Besucher der Verhandlung empfanden dies als unverhohlene Nötigung. Und offensichtlich war das auch so gemeint. Denn als die Drohung nicht fruchtete, vergaß er sie einfach.

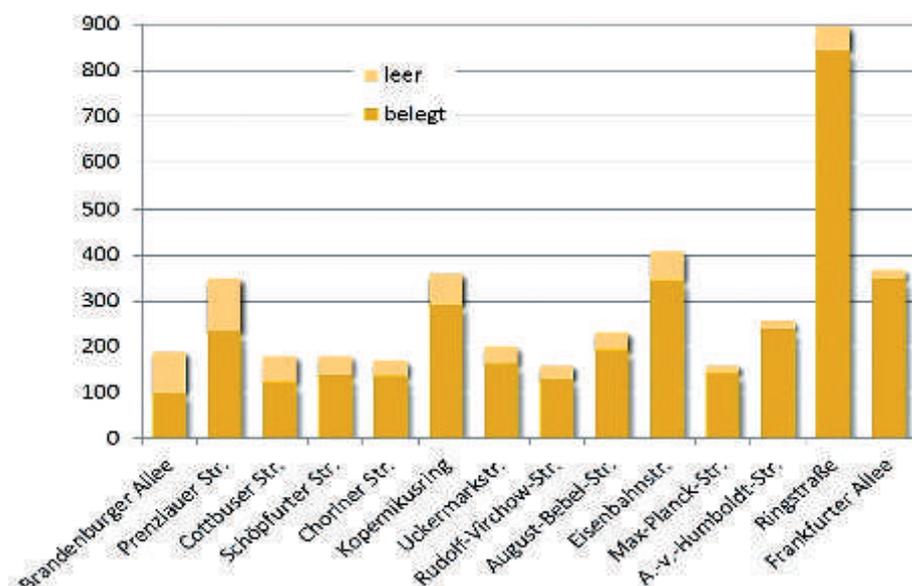
Am 4. April verkündete der Richter sein Urteil. Die Begründung gleicht jener, die der WHG-Geschäftsführer zitierte, auf's Wort. Und Gross kann sich zurücklehnen. Kein Berufungsgericht wird ihm die geübte Willkür »um die Ohren hauen«. Aufgrund des niedrigen Streitwerts, für den der monatliche Erhöhungsbetrag für nur ein Jahr zusammenaddiert wird, konnte Amtsrichter Gross eine Berufung ausschließen.

Leerstand – Problem und Chance

Eine Analyse des Mietwohnungsmarktes der Stadt Eberswalde brachte interessante Zahlen ans Licht: Die Straße mit den meisten freien Wohnungen ist die Prenzlauer Straße mit 117 Leerständen, gefolgt von der Brandenburger Allee mit 89 und dem Kopernikusring mit 68 freien Wohnungen. Auch die Cottbuser, die Eisenbahn- und die Ringstraße haben mit jeweils ca. 50 freien Wohnungen noch erhebliche Kapazitäten.

Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage dürften also die Mieten in Eberswalde eigentlich nicht in dem Maße steigen, wie es tatsächlich der Fall ist. Mit einem einfachen Trick versuchen die großen Wohnungsgesellschaften der Misere zu entkommen: Das Angebot wird künstlich knapp gehalten. Gerade mal 18 freie Wohnungen bietet die WBG auf ihrer Internetseite an; und das bei einem Leerstand von mindestens 400 Wohnungen im untersuchten Gebiet.

Neuvermietungen in der Hauptstadt bewegen sich bei durchschnittlich 10 Euro je Quadratmeter. Außerdem kommen auf eine freie Wohnung zig Interessenten. So ist es nur natürlich, daß ärmere Bewohner an den Rand gedrängt werden und schließlich keine Chance mehr haben, in der Metropole über die Runden zu kommen. Das ist für die »Städte in der zweiten Reihe« wie Eberswalde eine große Chance, das Leerstandsproblem in den Griff zu bekommen. Hierbei muß auch die Attraktivität der



Ein großes Hindernis für die Genossenschaft bzw. für potentielle Wohnungsinteressenten sind die zu zahlenden Genossenschaftsanteile. Die belaufen sich bei einer Zweiraumwohnung auf ca. 1.500 Euro, während die Kautions (3-fache Nettokaltmiete) bei anderen Vermietern nur rund die Hälfte beträgt. Dafür ist aber das Entgelt für die Nutzung einer Genossenschaftswohnung meist preiswerter als die Miete bei vergleichbaren Wohnungen z.B. der WHG. Für Neuvermietungen müssen die angebotenen Wohnungen heutzutage einem gewissen Standard entsprechen. Zum Beispiel die Elektrik, die Fußböden, das Bad und Malerarbeiten sind zu verrichten. Bei vielen der oben genannten Leerstände ist das offenbar der Fall.

Da wird knallhart kalkuliert: Lohnt sich die Sanierung der Wohnung für die erzielbare Miete? Während für Häuser, die vor 1960 gebaut wurden, verbreitet Quadratmeterpreise von mehr als 7 Euro monatlich verlangt werden, wohlgerne bei Neuvermietungen, sind die Angebote für Plattenbauwohnungen mit 5 bis 6 Euro günstiger. So wird beispielsweise für eine Zweizimmerwohnung in der Spreewaldstraße mit 59 qm eine monatliche Kaltmiete von 292 Euro verlangt. Für Berliner Mieter sind das paradiesische Zahlen.

Stadt als Ganzes beachtet und beworben werden. Denn so sehr der Berliner auch leidet: Bis er seinen geliebten Kiez verläßt und in die »rüdige Provinz« zieht, müssen schon Welten einstürzen.

Und diese Welten stürzen gerade ein. Der Boom in der Hauptstadt führt zu einer ungebremsten Immobilienspekulation, zu Hochglanzsanierungen von ganzen Vierteln und zur Verdrängung der alteingesessenen Mieter. Was im Prenzlauer Berg passiert ist, geht jetzt mit Friedrichshain und Kreuzberg weiter.

Eberswalde mit seinen geschätzt 2.500 freien Wohnungen wird dieses Problem nicht alleine lösen können, das ist klar; aber zusammen mit anderen Kommunen sollte sich die »Provinz« stark machen für ein attraktives Wohnumfeld für gestrandete Berliner. Das wird für beide Seiten von Vorteil sein.

Die Finanzinstitute in öffentlicher Hand könnten hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, um eine für die Wohnungsgesellschaften bezahlbare Sanierung der leerstehenden Wohnungen zu ermöglichen und zugleich ihre Überliquidität abzubauen. Und das gerade auch für die Plattenbauten der DDR mit Wohnungen, in denen man sehr gut leben kann.

JÜRGEN GRAMZOW

Fragwürdige Argumente

Die Erstellung des neuen Mietspiegels und die Kenntnisnahme durch die StVV waren Vorlauf für eine neue Welle der Mieterhöhungen. Daß dabei die WHG Mieterhöhungen bis zu 11 % verlangt, entzündete die Debatte über deren sozialen Charakter neu.

Die Beantwortung der Abgeordnetenfragen vom 24.5.2016 von drei Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) zur Satzung der WHG (zu den § 2 Abs. 1 benutzten Begriffen »breite Schichten der Bevölkerung« und »sozial vertretbare Mieten«) waren durch den Bürgermeister zunächst lange verschleppt und dann nur indirekt beantwortet worden (vgl. BBP 11/2016). Meine Bitte an den Bürgermeister, auf der Finower Einwohnerversammlung am 2. Mai das Mieterhöhungsverlangen der WHG zu erläutern, wies er brüsk zurück. Auch meine Fragen im Hauptausschuß am 18. Mai (BBP 6/2017) und am 1. Juni in der StVV ließ der Bürgermeister in der Sache unbeantwortet. Vielmehr versuchte er mit unzutreffenden Feststellungen die aufgezeigten Probleme unter den Tisch zu kehren.

60 % der Mieten erfüllen, so Boginski, die Anforderungen der KdU-Richtlinie*. Die Erhöhung der darin festgesetzten Angemessenheitsgrenze in Eberswalde entsprechend des neuen Mietspiegels nahm der Kreistag am 15. März zur Kenntnis (Informationsvorlage II-50-4-2017). Nach dem neuen Mietspiegel mußte der bisherige Satz von 4,50 € Quadratmeterkaltmiete jetzt auf 4,90 € angehoben werden. Der Grad der Angemessenheit stieg um 9 %, damit die Mieten wieder den Anforderungen entsprechen. Ein Beweis für sozial verträgliche Mieten ist das nicht.

Die WHG hat zum 1. Mai und 1. Juni rund 850 Mieten erhöht – durchschnittlich 14,50 Euro mehr pro Monat. Dies sei sozial verträglich, argumentiert der Bürgermeister. Wir kennen die Redewendung: Obwohl der Teich durchschnittlich 50 cm tief war, ist die Kuh ertrunken. Wieso im Karl-Marx-Ring die Erhöhungen doppelt so hoch sind, wird nicht erklärt.

Als weiteres Argument führte der Bürgermeister an, daß die WHG mehr als 250 Wohnungen für Obdachlose, Flüchtlinge und soziale Projekte zur Verfügung stellt, was auch finanziert werden müsse. Es ist löblich, daß die WHG dies tut und auch notwendig. Allerdings hat die WHG dann natürlich auch einen Anspruch auf Bezahlung durch den Auftraggeber. Aus wirtschaftlicher Sicht sind das vorteilhafte Möglichkeiten zur Minderung des Leerstandes.

Laut Niederschrift des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 14. Mai teilt Geschäftsführer Adam mit, »daß das Mobilisierungspotential der WHG aufgrund des aktuellen Mietspiegels bei rund 563 TEuro liegt. Aktuell wurden davon erst ca. 150 TEuro ausgeschöpft.« Wohl auch damit soll der Eindruck erweckt werden, daß die WHG sozial handelt. Die bisher 850 Mieterhöhungen betreffen etwa 15 Prozent der WHG-Mieter. Sicherlich werden auch die übrigen WHG-Mieter bis zur Erstellung des nächsten Mietspiegels in vier Jahren mit Mieterhöhungen rechnen müssen.

Wer hat bei der WHG das Sagen?

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg bestimmt, daß der Hauptverwaltungsbeamte die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit vertritt. Das heißt im vorliegenden Fall, Bürgermeister Boginski vertritt die Stadt Eberswalde in ihrer 100-%igen Tochter Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH Eberswalde (WHG) als Gesellschaftervertreter.

Entsprechend dem Gesellschaftsvertrag der WHG ist der Bürgermeister zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates. Er ist es auch, der den Geschäftsführer der WHG bestellt. Er ist gewissermaßen Alleinherrscher der im Stadtteigentum stehenden Gesellschaft.

Der Gesellschaftsvertrag umfaßt fünf Seiten zum Gegenstand Gesellschafterversammlung. Da die WHG mit der Stadt nur einen Gesellschafter hat, sind alle Aufgaben, Rechte und Pflichten der Gesellschafterversammlung alleinige Angelegenheiten des Herrn Boginski.

Betrachtet man die im Gesellschaftsvertrag enthaltenen Funktionen der Gesellschafterversammlung, so liest sich das wie eine Posse. Der Bürgermeister als Gesellschaftervertreter versammelt sich mit sich allein, er berät sich mit sich selbst, er läßt sich von sich selbst als Aufsichtsratsvorsitzenden über die wichtigen Dinge der Gesellschaft informieren. Und er entlastet sich selbst als Aufsichtsratsvorsitzenden.

Er beschließt den Wirtschaftsplan, die Gewinnverwendung, den Ausgleich eines eventuellen Bilanzverlustes, die Wahl des Abschlußprüfers, über Darlehensaufnahme und Bürgschaftsübernahmen, die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates, die Bestellung von Geschäftsführern und deren Abberufung usw. Als Gesellschaftervertreter beschließt der Bürgermeister auch über Änderungen des Gesellschaftsvertrages und über Gewinnausschüttungen.

Da stellt sich doch zwangsläufig die Frage, ob die Stadtverordnetenversammlung (StVV) als oberstes Organ der Stadt gegenüber der stadteigenen WHG irgendwelche Rechte und Pflichten hat? Im Gesellschaftsvertrag der WHG erscheint sie nur im § 9 Aufsichtsrat, nach dem die Mitglieder des Aufsichtsrates (außer dem »geborenen Vorsitzenden« Boginski) durch die StVV zu bestimmen sind. Sofern die Aufsichtsratsmitglieder Aufgaben bzw. Verant-

Wenn sich der Bürgermeister zur Rechtfertigung der Mieterhöhungen auf den Mietspiegel beruft, muß klargelegt werden, daß die WHG als größter Vermieter in der Stadt das Niveau der Miethöhe selbst maßgeblich mitbestimmt. Geschäftsführer Adam sagte, »daß auch in Zukunft Mieterhöhungen durchgeführt werden. Das ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit.« Und weiter laut Niederschrift: »Sollte es Mietern nicht möglich sein, diesen Betrag aufzubringen, wird selbstverständlich immer einzelfallbezogen nach sozialen Härtefallregeln eine Problemlösung gesucht«. Auch das hat nichts mit sozial vertretbaren oder gar angemessenen Mieten zu tun. Es ist der Versuch, den Mieteneingang für die WHG zu sichern. Geprüft wird nicht die Berechtigung des Mieterhöhungsverlangens, sondern die Zahlungsfähigkeit der Mieter. Ehe es zu »Problemlösungen« kommt, heißt es erstmal: »Bringen Sie doch bitte Ihre Kontoauszüge mit.«

Was einzig Mieterhöhungen rechtfertigen kann, ist die tatsächliche Entwicklung der Kosten für die Bewirtschaftung. Darauf hat die WHG bisher ihre Mieterhöhungsverlangen nicht begründet. Zumal das gesunkene Zinsniveau zugleich zu erheblichen Kosteneinsparungen an anderer Stelle geführt hat. So lagen die Zinsaufwendungen 2015 mit 3,5 Millionen Euro um eine Million niedriger als 2011.

Soweit die Kosten für die Bewirtschaftung der Mietwohnungen steigen, muß auf die Verantwortung der WHG für den sparsamsten Einsatz der Mittel hingewiesen werden. Das gilt auch für die Betriebskosten der Mieter, allen voran die Fernheizungskosten.

ALBRECHT TRILLER

* KdU-Richtlinie = Richtlinie des Landkreises Barnim zur Bestimmung der Angemessenheit für Kosten der Unterkunft

wortlichkeiten gegenüber der Stadt als Gesellschafter der WHG haben, ist ihr Partner der Gesellschaftervertreter Boginski, womit wieder die Allzuständigkeit beim Bürgermeister liegt. Aus der geschilderten Situation leiten sich zwei Schlußfolgerungen ab:

1. Der Gesellschaftsvertrag der WHG bedarf dringend der Überarbeitung, um der StVV einen angemessenen Einfluß auf ihre Tochtergesellschaft zu sichern. Es ist notwendig zu fixieren, in welchen konkreten Fällen die StVV zu informieren und in welchen ihre Zustimmung einzuholen ist. Ebenso sind Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der StVV zu formulieren.

2. Der aktuelle Gesellschaftsvertrag überträgt die gesamte Verantwortung der Kommune für die WHG dem Bürgermeister als Gesellschaftervertreter und zugleich Aufsichtsratsvorsitzenden. Dieser Verantwortung wird der Bürgermeister gegenwärtig nicht gerecht. In der aktuellen Frage des Handelns der WHG zur »Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten« und unter Betrachtung der jüngsten Mieterhöhungen der WHG ist der Bürgermeister in der Pflicht, zu handeln.

ALBRECHT TRILLER 9

Gekennzeichnet ist dieser Zeitabschnitt durch das Vorhandensein guter kommerzieller und freier Software. Gleichzeitig sank das Bildungsniveau der Anwender. Oft wird kritiklos einer Anwendung der Regressionsanalyse vertraut. Denkprozesse werden natürlich nicht von Computern getätigt.

Ein Vorzeigebild für derartige Fehlentwicklungen bei den Anwendungen ist das mehrfach veröffentlichte Beispiel zum Mietspiegel in München. Begonnen hat diese Fehlentwicklung bei diesem Beispiel mit dem Gesetz zur Aufstellung eines Mietspiegels, um eine juristische Rechtfertigung für ständige Mieterhöhungen zu erhalten. Grundsätzlich ist dabei der Einsatz der Regressionsanalyse richtig, wenn es sich um eine erste Auswertung über die Höhe der Wohnungsmieten in einer Stadt handelt. In kleineren Städten, wie z.B. Eberswalde, bei der nicht alle Merkmale von Einflußgrößen besetzt sind, kann man auf Regressions-schätzungen verzichten. Übrigens reichen in Eberswalde bereits drei Mieten für eine Merkmalsgruppe.

Ist bereits ein Mietspiegel erstellt, so ist für den dann folgenden eine Analyse mit Hilfe der mathematischen Statistik nicht möglich. Die Zielvariable (Miete) ist nun nicht mehr zufällig. Sie wird durch eine bewußte, juristisch vorgegebene Preisgestaltung ausgehandelt. Man

Fragen, die sich eigentlich an Bürgermeister Friedhelm Boginski richteten, der in Personalunion auch einziger Vertreter in der Gesellschafterversammlung und Vorsitzender des Aufsichtsrates der WHG ist.

Boginski sollte Stellung nehmen, »zu den aktuellen Mieterhöhungen der WHG und zu den weit über den IX. Mietspiegel hinausgehenden Mietpreisforderungen bei Neuvermietungen« sowie »allgemein zur Mietpreispolitik der WHG« und deren Verhältnis zu »den im Gesellschaftsvertrag festgeschriebenen Regeln einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft« (BBP 6/2017).

Er könne nicht für den Bürgermeister sprechen antwortete der WHG-Geschäftsführer und ließ sich ausführlich über die aktuelle wirtschaftliche Situation der WHG aus.

Die Frage, ob die aktuellen Mieterhöhungen möglicherweise eine drohende wirtschaftliche Zwangslage »infolge der Fehlinvestitionen vergangener Jahre (bspw. Michaelisgärten, wo Vermietungen nur infolge innergesellschaftlicher Subventionen möglich waren)« abwenden sollen, traf offensichtlich eine wunde Stelle.

»Da ich weiß«, so Geschäftsführer Adam, »wie schnell Gerüchte entstehen, sage ich in aller Deutlichkeit: Das ist Blödsinn. Und zwar völliger Blödsinn.«

Der Geschäftsführer verwies auf die Jahresabschlüsse der WHG, die im Bundesanzeiger für jeden einsehbar seien. »Die Zahlen sprechen«, so Adam. »Aber man muß diese Sprache verstehen. Dafür bedarf es Intelligenz und natürlich auch Sachkunde.« Eine »Quersubventionierung Michaelisgärten«, sagte Geschäftsführer

Regressionsanalyse in der Praxis

Wie in dem Artikel zur Theorie der Regressionsanalyse auf Seite 14 gezeigt wird, gab es mitunter Probleme, wenn statistische Berechnungen möglich sind, obwohl theoretische Erkenntnisse fehlen. Seit der Jahrtausendwende entstanden völlig andere Probleme im Zusammenhang mit den Anwendungen zur Regressionsanalyse.

kann sich das etwa so vorstellen: Beim Zahlenlotto 6 aus 49 werden die Gewinnzahlen durch einen Zufallszahlengenerator gezogen. Was würde passieren, wenn der Chef der Lottogesellschaft einfach 6 Zahlen als Gewinnzahlen nennen würde? Das Computerauswerteverfahren und ein Resultat ändern sich nicht!

Nicht zu vergessen, die Regressionsanalyse bestimmt mittlere Werte. Sind nun mittlere Werte (Miete) übliche Werte (Miete)? Beispiel: Betrachtet man einen Aufgang mit fünf übereinander liegenden Wohnungen, bei dem vier Wohnungen eine Miete von 100 Euro aufweisen, die fünfte Wohnung habe eine Miete von 200 Euro. Dann beträgt die mittlere Miete 120 Euro. Die häufigste Miete beträgt 100 Euro. Welche Miete ist nun die übliche? Durch mehrfaches Anwenden eines Mietspiegels wächst die Miete exponentiell, also nicht mehr zufällig.

Solche und noch andere Fehler machen den Mietspiegel nicht zum Resultat der Anwendung von mathematischer Statistik, sondern sie reduzieren einen Mietspiegel zu einem juri-

stischen Glaubensbekenntnis. Nun hat jedoch ein Mietspiegel weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen. Städte müssen unsinnige Mietspiegel aufstellen und sie sind mit dieser Aufgabe überfordert.

Also wurde viel öffentliches Geld bereitgestellt, um Privatfirmen zu beauftragen, für große Städte Mietspiegel zu erstellen. Eine Folge war, daß sich einige dieser Firmen bereicherten, indem sie Ergebnisse lieferten, die an Scharlatanerie grenzten. Systematische Fehler waren in mehreren solcher Mietspiegel nachzuweisen. Sogar BRD-Gerichte verwarfen einige dieser Leistungen. Die Mietervereine verzeichneten einen regen Mitgliederzuwachs und konnten damit ihre Einnahmen erhöhen, ohne daß sich an den Mietspiegeln etwas geändert hat. In der LMU in München wird nach wie vor am Thema Mietspiegel geforscht.

Es ist derzeit nicht bekannt, wie viele Personen und mit welchem Geldaufwand eine sinnlose Forschung und Anwendung zu Mietspiegeln betreiben.

Dr. ULRICH POFAHL

Rot, schwarz und tiefschwarz

Eberswalde (bbp). Die stadteigene WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft Eberswalde befindet sich in keiner wirtschaftlichen Zwangslage. Das stellte deren Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam vehement klar, als er sich im Mai den Fragen eines sachkundigen Einwohners im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen stellte.

Adam, sei nicht erforderlich. Die Finanzierung sei »umgestellt worden«, so daß die Michaelisgärten »schwarze Zahlen« schreiben.

Am 8. Oktober 2015 hatte Adam auf eine ähnliche Frage des Stadtverordneten Götz Trieloff (FDP) noch ehrlich geantwortet, daß die MichelisGärten ein »stadtentwicklungs-politisches Projekt« seien, bei dem er »nicht allzu schnell im schwarzen Bereich agieren« werde. (»Rote Zahlen auf lange Sicht«, BBP 11/2015)

Liest man in den Jahresabschlüssen, so erfährt man Einzelheiten zur »Umstellung« dieser Finanzierung. Demnach gab es im Jahr 2014 »außerplanmäßige Abschreibungen« aufgrund »vorliegender prognostischer Wertermittlungen zu den Bauvorhaben SchillerQuartier und MichaelisGärten« in Höhe von 1,395 Millionen Euro. Es verblieb ein Jahresüberschuß von 475.400 Euro. Weitere 1,335 Millionen Euro an »Sonderabschreibungen« folgten 2015. Auch hier sind das SchillerQuartier und die MichaelisGärten betroffen und außerdem die Objekte Eisenbahnstraße 77, Ackerstraße 2 und Nagelstraße 27. Der Jahresüberschuß 2015 reduzierte sich entsprechend auf 190.400 Euro.

Neben den MichaelisGärten wurden also auch beim SchillerQuartier und bei weiteren Investitionen der vergangenen Jahre Wertmin-

derungen verbucht, um »schwarze Zahlen« schreiben zu können. Die Sonderabschreibungen wurden über zwei Jahre verteilt, so daß in beiden Jahren ein kleiner Bilanzgewinn übrig blieb. Die Kreditwürdigkeit der WHG blieb dadurch unbeschadet. Ohne die Sonderabschreibungen hätte jeweils ein Gewinn zwischen 1,5 und 2 Millionen Euro in den Büchern gestanden. Das hätte möglicherweise als Argument gegen Mieterhöhungen verwendet werden können, was nun entfällt. Ob es auch 2016 solche »außerordentlichen Abschreibungen« gibt, ist nicht öffentlich bekannt. Adam gab aber schonmal die Auskunft, daß die WHG 2016 »tiefschwarze Zahlen« schreibe.

Die außerordentlichen Abschreibungen haben allerdings auch Auswirkungen auf die Zukunft. Die »Umstellung der Finanzierung« durch vorzeitige Abschreibung reduziert logischerweise künftige Abschreibungen. Abschreibungen sind Kosten. Diese Kostenreduzierung erlaubt den Einzelobjekten, künftig trotz unter dem Plan liegender Mieteinnahmen »schwarze Zahlen« zu schreiben. In der Gesamtgesellschaft werden durch die Vorab-Abschreibungen künftige Kosten reduziert. Die WHG erzielt also künftig höhere Gewinne – oder geringere Verluste.

Naturschutz mit Füßen getreten

Behördenwillkür am Langen Trödel

Weil die zuständigen Ämter – Landkreis Barnim, Land Brandenburg und Gemeinde Wandlitz – es versäumt haben, rechtzeitig die notwendigen Verkehrssicherungsarbeiten am Langen Trödel in Zerpenschleuse zu veranlassen, wurde jetzt, mitten im Frühjahr, brachial in die Natur eingegriffen.

Um die Sperrung der seit letztem Jahr wieder schiffbaren Wasserstraße kurz vor Saisonöffnung zu verhindern, drängte der Landkreis die Eigentümer der angrenzenden Flächen, die Arbeiten zur Verkehrssicherung jetzt im Mai durchzuführen. Zahlreiche, zum Teil große, alte Bäume wurden gefällt, Totholz entfernt, Bruthöhlen und Lebensstätten zerstört und Uferbereiche stark beeinträchtigt.

Es ist der ungeeignetste Zeitpunkt für solche Maßnahmen, den man sich denken kann. Das Brutgeschehen ist in vollem Gange, Fledermäuse beziehen ihre Wochenstuben, Insekten sind in der Entwicklung. Jetzt so massiv in ei-

nen seit Jahrzehnten unberührten Altbaumbestand entlang eines Gewässers einzugreifen, das noch dazu als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet geschützt ist, zeugt von beispielloser Rücksichtslosigkeit und ergibt ein verheerendes Bild behördlichen Handelns. Wer letztendlich die Verantwortung für diese Versäumnisse trägt, wird noch zu klären sein.

Obwohl seit Beginn des Projektes zur Wiederschiffbarmachung des Langen Trödels bekannt ist, daß Verkehrssicherungsarbeiten entlang des Kanals in erheblichem Umfang erfolgen müssen, um einen sicheren Bootsverkehr zu gewährleisten, wurde es von der Kreisverwaltung und den Flächeneigentümern versäumt, die Baumpflege- und -fällarbeiten rechtzeitig in Angriff zu nehmen und außerhalb der Vegetationsperiode durchzuführen. Dafür mußte die Natur nun büßen.

STEFAN BÖHMER, Fraktionsvorsitzender
Grüne/B90 im Kreistag Barnim

Resolution zur Heidekrautbahn

Der Kreistag hat am 14. Juni über eine von der bündnisgrünen Fraktion eingebrachten Resolution zur Entwicklung der Heidekrautbahn abgestimmt. In der einstimmig verabschiedeten Resolution werden die Bundesländer Brandenburg und Berlin aufgefordert, den Ausbau der Heidekrautbahn (RB27) zeitnah voranzutreiben.

In Potsdam und in Berlin werden gerade die Nahverkehrspläne für die nächsten Jahre ausgearbeitet. Das ist ein entscheidender Moment, um nochmals sehr deutlich auf eine Stärkung der Heidekrautbahn zu drängen. Kurzfristig sollten unbedingt Verbesserungen auf der bestehenden Strecke der Heidekrautbahn erreicht werden. Dazu zählen vor allem kürzere Taktzeiten und die Führung aller Züge über Karow hinaus bis nach Berlin-Gesundbrunnen. Mittelfristig soll auch die historische Strecke von Schönwalde bis Berlin-Wilhelmsruh wieder in Betrieb genommen werden.

STEFAN BÖHMER

Resolution des Kreistages Barnim:

Der Kreistag Barnim appelliert an die Brandenburger Landesregierung und an den Senat von Berlin, den Ausbau der Heidekrautbahnstrecke (RB27) sowohl im Hinblick auf Taktzeitverkürzungen, bereitgestellte Kapazitäten und die Verlängerung der regulären Streckenführung bis zum Zielbahnhof Berlin-Gesundbrunnen, zeitnah voranzutreiben. Die länderübergreifende Arbeitsgruppe zum Ausbau der Heidekrautbahn, die im Jahr 2010 bereits einmal bestand, soll reaktiviert werden...

Der Kreistag Barnim sieht im Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, um die wachsenden Pendlerströme zwischen dem Barnim und Berlin zu bewältigen...

Entlang der Strecke der Heidekrautbahn (RB 27), die durch die Gemeinden Wandlitz und Schorfheide führt, haben sich in den letzten

15 Jahren tausende Menschen neu angesiedelt. Aktuell nutzen an Werktagen ca. 2.300 Personen die Heidekrautbahn, größtenteils bis zum derzeitigen Endpunkt Berlin-Karow.

Für den aktuellen Bedarf und die weitere Entwicklung ... ist die derzeitige Nahverkehrserschließung nicht ausreichend ... Dafür spricht auch, daß derzeit nur 20 % der Wandlitzer, die sozialversicherungspflichtig in Berlin beschäftigt sind, die Bahn benutzen. 80 % pendeln täglich mit dem Auto zur Arbeit.

Der Barnim erfreut sich zudem eines hohen Zuspruchs als Erholungsregion der Hauptstädter. An Wochenenden und Feiertagen kommt es daher in der Heidekrautbahn zeitweise zu unhaltbaren Situationen. Fahrradausflügler warten über Stunden auf Mitnahmemöglichkeiten, da die Fahrradstellplätze im Zug stark begrenzt sind ... Angelehnt an eine Studie des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Uni München aus dem Jahre 2008, wird die Anzahl der Tagestouristen in der Gemeinde Wandlitz auf mind. 1 Million Menschen pro Jahr geschätzt. Die jährliche Wertschöpfung durch den Tourismus beträgt ca. 13 Millionen Euro.

Der Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs auf der Heidekrautbahn – sowohl die Taktzeitverkürzung und Kapazitätserhöhung als auch die Streckenverlängerung bis Gesundbrunnen betreffend – ist technisch umsetzbar. Eine verbesserte Anbindung nach Berlin wäre ein großer Gewinn für Pendler, für Erholungssuchende, für die Tourismuswirtschaft und für die Gesamtattraktivität der Region...

»Mulch total« im Spätsommer

Vorbestellungen ab sofort möglich

Die 5.1 deutlich erweiterte Auflage des Buches »Mulch total« von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM kann seit kurzem auf der OLV-Verlagsseite vorbestellt werden (www.olv-verlag.de/biogarten.html).

Wie von Danka Wijnhoven vom »OLV – Organischer Landbauverlag Kurt Walter Lau« zu erfahren war, befindet sich das von vielen schon lang ersehnte Buch derzeit im Stadium des Korrekturlesens und wird im Spätsommer erscheinen.

Für die 5. Auflage hat Co-Autor Rudolf Behm für den Textteil seines 2007 verstorbenen Freundes Kurt Kretschmann neue Bilder aus seinem reichhaltigen Fotoarchiv beigeuert. Seinen Abschnitt über die Bodenuntersuchungen im Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten hat Rudolf Behm aktualisiert und teilweise überarbeitet. Neu hinzu gekommen ist ein umfangreicher Abschnitt über Behms Entwicklung »vom konventionellen Hausgärtner zum leidenschaftlichen Mulchgärtner«. Darin beschreibt er seinen Mulch-Experimentier-Garten in Eberswalde, der nach dem Vorbild des Total-Mulch-Gartens der Kretschmanns entstand, und die über viele Jahre überaus fruchtbare Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Familien Kretschmann und Behm.

(bbp)

22. Barnimer Umweltpreis

Anlässlich des Internationalen Tages der Umwelt am 5. Juni haben Bündnis 90/Die Grünen wieder den Barnimer Umweltpreis ausgeschrieben. Wie in den Vorjahren ist der Preis mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert, das von Andreas Fennert, Mitglied im Aufsichtsrat der Eberswalder Wohnungsbau-Gesellschaft (WHG), und dem Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gestiftet wird.

Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Die Projekte oder Initiativen sollen im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 9. Juli im Büro von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2016 wurden das Projekt Dohlen-schutz des NABU, der »Schöpfungspfad« bei Lichterfelde und die Umweltinitiative Ostend aus Eberswalde mit dem Preis geehrt.

THORSTEN KLEINTEICH

Der »Zornige Kaktus«

Der »Zornige Kaktus« geht in die dritte Runde: Noch bis zum 16. Juli können Vorschläge für die diesjährige Preisvergabe eingereicht werden. TERRE DES FEMMES verleiht den Negativpreis an Unternehmen mit besonders frauenfeindlicher Werbung. Die Jury – vier Frauen von TERRE DES FEMMES – wählt drei Favoriten aus, die unter frauenrechte.de und der Facebook-Seite zur Abstimmung stehen werden. Im September wird das Ergebnis online verkündet.

Die Auszeichnung »Der Zornige Kaktus« wird von TERRE DES FEMMES an Unternehmen vergeben, die sexistische Werbung als Werbestrategie nutzen. Frauenfeindliche Werbung ist nicht lustig. Frauen werden als allzeit verfügbares Objekt dargestellt, das dieselbe Käuflichkeit suggeriert wie das Produkt. Teilweise werden sogar Bilder und Szenarien verwendet, die Gewalt gegen Frauen verharmlosen. Mit dem Negativ-Preis wird die Bandbreite frauenfeindlicher Werbung aufgezeigt. Zugleich werden alle Werbenden von der Frauenrechtsorganisation über die Nominierung informiert und aufgefordert, die Werbung einzustellen.

»Sex Sells« ist ein gängiges Motto der Werbeindustrie. Dies wird auch in den jährlichen Bilanzen des Deutschen Werberats deutlich. Bei den schlimmsten Fällen schreitet er ein und in manchen zieht das Unternehmen wegen der Proteste die Werbung zurück, doch dazu braucht es immer den Einsatz aktiver Menschen. Da zahlreiche Unternehmen die Kritik bisher ignorieren, setzen wir mit unserem Negativ-Preis ein öffentlich sichtbares Zeichen.

Darum verleiht TDF auch 2017 den »Zornigen Kaktus« für sexistische Werbung. Die Werbung muß aktuell sein und mindestens einer dieser Kriterien erfüllen:

- Mädchen und Frauen werden abwertend dargestellt
- Mädchen und Frauen werden als (allzeit verfügbare) Sex-Objekte inszeniert
- zwischen Produkt und Model besteht kein nachvollziehbarer Zusammenhang
- in der Werbung wird Gewalt gegen Frauen oder Mädchen verherrlicht oder heruntergespielt.

Auf unserer Homepage sind Beispiele mit Kriterien zu sexistischer Werbung (www.frauenrechte.de). Bitte schicken Sie Ihre Preisvorschläge mit einem Nachweis wie Link, Screenshot, Foto bis zum 16. Juli an kaktus@frauenrechte.de mit Ihrem Vor- und Nachnamen versehen an uns und vermerken Sie, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir Ihren Namen neben der eingereichten Werbung auf unserer Homepage publizieren oder ob Sie anonym bleiben wollen.

Über die von der Jury ausgewählten drei Favoriten kann zwischen 23. August und 3. September auf der TDF-Homepage und bei Facebook abgestimmt werden.

MARION BRUCKER, Terre des femmes

Historische Dorfstraße in Klandorf:

Das moderierte Verfahren

Das moderierte Verfahren zur Dorfstraße in Klandorf ist nun in die nächste Runde gegangen: Am 14. Juni hatte die Gemeinde Schorfheide alle Grundstückseigentümer zur Anliegersammlung eingeladen.

Unter der Moderation von Prof. Dr. JÜRGEN PETERS stellte zunächst VOLKER SÜDMEIER vom Ingenieurbüro Weiland GmbH aus Gransee das Gutachten und die fünf darin betrachteten Varianten vor. Diese reichen von der reinen Instandsetzung der vorhandenen Dorfstraße, über Einführung von Ausweichstellen, Verbreiterung der vorhandenen Straße, bis zum Hocheinbau, wahlweise mit reinem Teerüberzug oder mit Pflasterung an den Straßenrändern.

Am Ende der Veranstaltung erhielten alle Anwohner von der Gemeinde eine Kostenaufschlüsselung der verschiedenen Varianten für ihr Grundstück und einen Fragebogen. Bis Anfang Juli können sie damit gegenüber der Ge-

meinde kundtun, welche der Varianten sie bevorzugen.

Mit der Erstellung des Gutachtens, dem moderierten Verfahren und der Befragung der Anwohner hat die Bürgerinitiative von Klandorf ein in Brandenburg bisher einzigartiges und richtungsweisendes Vorgehen für Bürgerbeteiligung erreicht.

Freilich zeigte aber auch die anschließende Diskussion, daß hier noch ein langer Weg der sachlichen Auseinandersetzung bevorsteht: So gab es von der Gemeinde bisher keinerlei Zusicherungen über den Stellenwert des Umfrageergebnisses für die weitere Entscheidungsfindung. Die Umfrage wurde außerdem bereits beim zweiten Treffen des moderierten Verfahrens, also noch vor dem Austausch aller Sachargumente und der Auswertung der Ergebnisse des Gutachtens, durchgeführt.

SABINE v. SCHLIPPENBACH



Am 14. Juni wurden sich die Anlieger der Klandorfer Dorfstraße in die Gaststätte »Zur Linde« in Groß Schönebeck über die fünf Bauvarianten informiert.

Revision wichtiger Ergebnisse des Gutachtens

In einigen wichtigen Punkten mußte das Gutachten zur Dorfstraße in der Diskussion vom Gutachter revidiert werden. Die Korrektur eines Rechenfehlers führt zu einer signifikant längeren Lebenserwartung über die bisher errechneten rund 20 Jahre hinaus. Die von einem weiteren Gutachter eingeholte **zweite Meinung** ergab, daß auch die bislang prognostizierten jährlichen Unterhaltskosten in Höhe von 7.000 Euro nach Instandsetzung und Erhaltung des Systems zur Regenentwässerung erheblich zu hoch angesetzt wurden: Hierzu ist lediglich mit einem Aufwand von

2.000 Euro für die jährliche Pflege der Bankette zu rechnen. Der Verzicht auf nicht notwendige und nicht sinnvolle Maßnahmen bei der erstmaligen Herstellung der nachzuholenden Instandsetzung führt ebenfalls zu wesentlichen Einsparungen. Die Bürgerinitiative hat die konstruktive **kritische Würdigung** des vorliegenden Gutachtens im Zuge des moderierten diskursiven Prozesses vorgeschlagen, damit die **Gemeindevertreter ein umfassendes Bild als objektive Grundlage für ihre politische Entscheidung erhalten.**

LUTZ PAPROTH für die Bürgerinitiative zum Erhalt der historischen Dorfstraßen in Klandorf

Hinweis: Aufgrund der zahlreichen Zuschriften zum Thema, die den Umfang einer regulären Ausgabe weit überstieg, hat die Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative zum Erhalt der historischen Dorfstraßen in Klandorf eine achtseitige Sonderausgabe erstellt, die am 10. Juni veröffentlicht und u.a. in Klandorf verteilt wurde. Diese Sonderausgabe ist im Internet unter www.barnimer-buergerpost.de abrufbar. (bbp)

Unterschiedliche Maßstäbe

Die im Wahlprogramm der Linkspartei gesteckten Ziele für mehr soziale Gerechtigkeit werden wie üblich von den anderen Parteien als angeblich nicht finanzierbar abgetan. Das betrifft zum Beispiel die Aufhebung der Hartz IV Gesetze und die Einführung eines sanktionsfreien Grundeinkommens von monatlich 1.050 Euro.

Das wäre durchaus finanzierbar, wenn die gleichen Parteien nicht länger eine Vermögenssteuer für die Reichen und eine Wiedererhöhung des Spitzensteuersatzes blockieren würden. Auch die Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro pro Stunde wird erneut mit Schreckgespenstern über die Folgen abgelehnt, die sich bereits bei der Einführung des jetzigen Mindestlohnes als falsch erwiesen haben.

Was spricht eigentlich gegen ein staatliches Rentensystem wie in Österreich, wo ausnahmslos alle ohne Beitragsbemessungsgrenze einzahlen.

Dort liegen die Renten im Vergleich zur Bundesrepublik um durchschnittlich 800 Euro höher und durch eine Umverteilung innerhalb des Systems können Mindestrenten gezahlt werden, die vor Altersarmut schützen.

Bei der Verwendung von Steuergeldern gibt es bei der Bundesregierung und der großen Koalition im Bundestag erstaunliche Unterschiede bei den Maßstäben. Während bei der Finanzierung von Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in der Regel die globale Ablehnung mit Populismus und Finanzmangel begründet werden, ist andererseits die Bereitschaft groß, schnell und leichtfertig zweistellige Milliardensummen zu verschleudern, wenn es um die sinnlose Aufrüstung in der NATO oder den aussichtslosen Krieg in Afghanistan geht, wo sich nach 14 Jahren »Friedensmission« trotz Milliarden-Ausgaben die Verhältnisse ständig verschlechtern haben.

GISELA KOCH

Alter Wein in alten Schläuchen

BVB/Freie Wähler kritisiert Gesetzesentwurf zur Kreisgebietsreform

Die jetzt vorgelegte Entwurfsfassung des Gesetzes zur Kreisgebietsreform trägt den Kritiken und Hinweisen politischer, wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und sozialer Akteure in keiner Weise Rechnung.

So verweigert sich die Landesregierung in ihrer Vorlage den Erkenntnissen und Erfahrungswerten Tausender Brandenburger und scheint ihr Prestigeprojekt durchziehen zu wollen. Dies wird den vielen ehrenamtlich Tätigkeiten in Gemeindevertretungen und Vereinen – die unter den längeren Wegen besonders zu leiden haben werden – nicht gerecht.

Unverständlich ist auch, warum die Landesregierung moderne Verwaltungsformen nicht erprobt. BVB/Freie Wähler plädiert seit langer Zeit für eine Evaluierungsphase interkommunaler Kooperation bis zum Ende der übernächsten Wahlperiode als operative Alternative. Das Herangehen der Landesregierung zeigt, daß sie in überholtem Denken verharret und sozusagen alten Wein in alte Schläuche füllt.

Zugleich ist es besorgniserregend, wie lax Rot-Rot mit den 130.000 Unterschriften der Volksinitiative »Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen« umgeht. Der Verzicht auf die Klage ist das Mindeste und kein Entgegenkommen. Etwas mehr fachliches Fingerspitzengefühl angesichts der starken Mobilisierung wäre wünschenswert gewesen. Dies wird BVB/Freie Wähler als einen der Mitinitiatoren aber nicht davon abhalten, entschlossen ins Volksbegehren zu gehen.

PÉTER VIDA

Gewerkschaft ver.di zur Kreisgebietsreform:

Beschäftigte stärker einbeziehen

Mit seinem Beschluß zur Kreisgebietsreform hat das Brandenburger Kabinett jetzt einen wichtigen landespolitischen Schritt vollzogen. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv in die Diskussion um die Kreisgebietsreform eingemischt und in Stellungnahmen ihre Positionen klargemacht. Wir werten es als positiv, daß die Landesregierung bei den Überarbeitungen ihrer Entwürfe viele Argumente der Gewerkschaft aufgegriffen hat.

ver.di erwartet, daß auch in dem jetzt beginnenden Diskussionsprozeß Bürgerinnen und

Bürger gehört und ihre Vorbehalte gegen die Reform ernst genommen werden. Die betreffe auch die Belange der betroffenen Landes- und Kommunalbeschäftigten, zumal die ersten Gesetzesentwürfe bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Irritationen und Ängste ausgelöst haben. Wichtig ist jetzt, daß die weiteren Schritte transparent nachvollziehbar sind. Nur dann wenn auch die kritischen Stimmen in der Landespolitik Gewicht haben und die Reform gemeinsam mit den Beteiligten auf den Weg gebracht wird, wird das Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden können. Daher fordert ver.di die stärkere Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer gewählten Vertretungen.

SUSANNE STUMPENHUSEN,
ver.di-Landesbezirksleiterin

Arroganz ohne Grenzen

In kürzester Zeit haben 130.000 Brandenburger unterschrieben, daß sie keine Kreisreform wollen. SPD und LINKE wollen sie – trotzdem – immer noch. Immerhin haben sie inzwischen begriffen, daß sie beim Verfassungsgericht keine Chance haben, eine Volksinitiative zu verbieten. Jetzt erklärt der Innenminister von der rosa Regierungspartei, »daß der Landtag auch im Falle eines Erfolges der Gegner der Kreisreform nicht in der Gesetzgebungskompetenz eingeschränkt werde«. Was heißt das im Klartext? Es ist und Wurscht, was die Bürger wollen oder nicht wollen, wir machen uns die Gesetze so wie wir sie wollen! Basta!

Ein Minister – so die Grundbedeutung dieses Amtes – ist ein Diener des Volkes, jedenfalls sollte er es sein. Wenn er es nicht ist, nicht sein will, dann kann er nicht mehr Minister sein. Die grenzenlose Arroganz des Herrn Schröter kann nur zur Folge haben, daß der Mann, seine Partei und seine roten Brüder – spätestens bei der nächsten Landtagswahl – abgewählt und aus dem Amt gejagt werden.

JOHANNES MADEJA

20 Jahre Jusos Barnim

Am 24. Mai fand im AWO-Treff Bernau die Jubiläumsfeier zum 20-jährigen Bestehen der Jusos Barnim statt. Erschienen waren u.a. die Landtagspräsidentin und Landtagsabgeordnete Britta Stark, der Vorsitzende der SPD Barnim, Daniel Kurth, die Barnimer Landtagsabgeordnete Britta Müller, der Linken-Kreischef Sebastian Walter, die Juso-Landesvorsitzende Rica Eller und der Bundestagskandidat für den Wahlkreis 59 Stephen Ruebsam.

Das politische Engagement der Jusos Barnim wurde in den Grußworten besonders herausgehoben. So lobte Britta Stark, daß die Jusos auch dann noch Einsatz für den Erhalt und die Erneuerung von Schulen zeigen, wenn sie selbst gar nicht mehr Schüler sind. Herausgehoben wurde von ihr auch das Engagement für ein unbegrenztes Schülerticket, welches die Jusos schon seit mehreren Jahren von der Kreis-SPD einfordern. Bisher bekommen Schülerinnen und Schüler ein Ticket ab einer gewissen Entfernung von den Schulen.

Der Barnimer SPD-Landtagsabgeordnete und Juso-Mitbegründer Daniel Kurth schaute auf die Anfangszeit der Jusos zurück. Hierzu zitierte er aus Protokollen und Beschlussbüchern, die er aus seinem Archiv mitgebracht hatte. Daniel Kurth lobte die linke Justierung die von den Jusos ausgeht. Stephen Ruebsam und Rica Eller betonten die wichtige Mobilisierungskraft, die die Jusos in Wahlkämpfe einbringen sowie den Idealismus und den Willen zur Veränderung. Nach den Reden wurde die Ausstellung »20 Jahre Jusos Barnim« vorgestellt. Am Ende des Abends wurde eine »90er-Jahre« Motto-Party veranstaltet, getreu dem Gefühl der Gründungszeit der Jusos Barnim im Jahr 1997.

FLORIAN GÖRNER

Anfänge dieser Fragestellung findet man bereits bei Carl Friedrich Gauß (1777-1855), als er anhand von Beobachtungspunkten den Standort von Planeten vorhersagen wollte und dazu die Methode der kleinsten Quadrate verwendete. Dann geschah viele Jahrzehnte so gut wie nichts, abgesehen von einigen Forschungsergebnissen von Sir Ronald Fisher (1890-1962) in Großbritannien und von sowjetischen Wissenschaftlern veröffentlichten Ergebnissen.

So richtig los ging es erst Ende der 60-er Jahre in der DDR. Wissenschaftler aus den Instituten der Akademie der Landwirtschaft (AdL), speziell aus den Forschungszentren in Münchenberg und Dummerstorf, arbeiteten mit der Regressionsanalyse. Andere Institutionen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft folgten. Es erschienen spezielle Bücher mit Weiterentwicklungen, oft im Eigenverlag herausgegeben.

Nun muß man sich noch die Rechentechnik Ende der 60-er Jahre vorstellen. Es gab mechanische Maschinen, manchmal waren diese elektrisch angetrieben. Röhrenrechner fürs Büro gab es erst so ab 1970. Gleichzeitig wurden Großbetriebe und Kombinate mit Datenverarbeitungsanlagen ausgerüstet.

Die Regressionsanalyse eroberte somit die Industrie. Es gab nun Anwendungen in der Regelungstechnik, der Metallurgie und in der Ökonomie. Die elektronische Rechentechnik zog nun auch in der Land- und Forstwirtschaft ein. Rechenprogramme lieferte das Kombinat robotron.

Diese sehr erfreuliche Entwicklung hatte aber auch nachteilige Folgen. Es konnten nun

Regressionsanalyse in der Theorie

Die Regressionsanalyse ist ein wirkungsvolles Verfahren der mathematischen Statistik, um Werte einer Zielvariablen mit Hilfe von einer oder mehrerer unabhängiger Variablen vorherzusagen. Das kann auch anders ausgedrückt werden: Man hat zwei oder mehrere Meßreihen, und möchte einen Zusammenhang zwischen den gemessenen Werten herstellen, bei denen eine Meßreihe von den anderen abhängen soll. Oder noch anders ausgedrückt, man möchte eine Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen den Variablen herstellen.

auch leicht Zusammenhänge berechnet werden, die gar nicht existierten. Die Gründe dafür waren vielfältig. Einer war die fehlende theoretische Durchdringung der Anwendungsaufgaben. Die Verantwortlichen in der DDR reagierten und schufen Schwerpunktforschungsrichtungen in Berlin, Rostock und Freiberg. Bis Ende der 70-er Jahre publizierten diese Forschungszentren wissenschaftliche Ergebnisse zur Regressionsanalyse, die auch international das Forschungsniveau mitbestimmten. Anzumerken wäre hier noch das international viel beachtete Buch von K.M.S. Humak, erschienen im Berliner Akademie-Verlag mit dem Lektor Reinhard Höppner (1948-2014), dem späteren Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt.

Die Anwendungen dieser hervorragenden Forschungsleistungen der DDR Wissenschaftler gerieten aber in den 80-er Jahren zunehmend in Rückstand, weil es den Anwendern an moderner Rechentechnik fehlte, und weil auch die Statistiksoftware fehlte. In der BRD waren in diesem Zeitraum bereits die ersten PC eingesetzt und es gab mehrere Programmpakete von verschiedenen Firmen zum Lösen statistischer Fragestellungen. Sehr viele Neuerun-

gen auf dem Gebiet der Regressionsanalyse gab es in den 90-er Jahren. Führend waren nun Wissenschaftler aus den USA, Belgien, GB und der BRD.

In der BRD etablierte sich die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München zu der auf diesem Gebiet führenden Universität. Die Statistiker der LMU München veröffentlichten viele sehr gute Lehrbücher in den 90-er und 00-er Jahren. In ihren Büchern folgten sie dem internationalen Trend, mehrere Beispiele zu betrachten. Diese werden von allen Seiten analysiert, nicht nur in einem Kapitel diskutiert, sondern im ganzen Buch. Es ist sehr ausführlich gezeigt, wie die verschiedenen Regressionsmethoden auf die Lösungen der Probleme in den Beispielen angewendet werden.

Eines dieser durchgängig fortgeführten Beispiele betrifft das Aufstellen eines Mietspiegels. Es dient als Demonstrationsobjekt für die verschiedenen Regressionsmethoden. Es ist ebenfalls geeignet, wenn man einen ersten Überblick über eine große Datenmenge haben will. Was dann daraus gemacht wurde, wird im Artikel »Regressionsanalyse in der Praxis« auf Seite 10 mitgeteilt.

Dr. ULRICH POFAHL

Deutschland

*Deutschland ist ein schönes Land.
Doch gebrauch ich den Verstand,
Fällt mir Ungereimtes auf
Und da hau ich feste drauf!
Nach Lob – da steht mir nicht der Sinn.
Ich weis auf meine Sorgen hin:*

*Vorratsempfehlung mich erschreckt.
Was wird da wieder ausgeheckt?
Wie lange wird noch Frieden sein?
Ja deckt euch nur mit allem ein.
Kauft Wasser euch und weiße Bohnen.
Denn donnern erstmal die Kanonen
Und klirren Ketten für den Sieg,
Dann wird es knapp – denn dann ist Krieg!*

*Vielleicht wird ja auch nicht geschossen?
Gegner scheinen wild entschlossen,
Per Cyber-Angriff uns zu schaden.
Nichts mehr kommt dann in den Laden.
Wer genau führt das im Schild?
Das erfährt man nicht bei „Bild“!
Wenn per „CA“ der Strom verstiegt.
Dann wird es knapp – denn dann ist Krieg!*

*Für vierzehn Tage kauft ein!
Dann wird der Kampf gewonnen sein?!*

RAINER KROBOTH

Brandenburger Landpartie



Foto: THOMAS TOBLER

Eine Novität gab es bei Peters Landwirtschaft zur Brandenburger Landpartie 2017 in Löhme: Hans-Christoph Peters erklärte auf den Trecker-Rundfahrten das neue System seiner Weidefütterung für die Schweine. Auf dem gerade erst eingeweihten Flecken Natur wird den vierbeinigen Bewohnern mit einem kreisrunden Trick der Zugang zu nachhaltig bewachsenen Futter- und Weideflächen ermöglicht. Dem ständigen Umsetzen der Häuser sagt Bauer Peters nun ade. Der Acker ist samt

dem neuen System genehmigt und in Betrieb. Herzlichen Glückwunsch!

Dies ist bei Bauer Peters auch nicht die einzige bedeutende Neuerung der Haltungsbedingungen von Tieren innerhalb eines Jahres. Er hat seit dem Vorjahr mehrere umsetzungsfähige Schweinehäuser neu bauen lassen sowie zwei Hühnermobile zum Einsatz gebracht.

THOMAS TOBLER

Facebookseite: <https://www.facebook.com/PetersLandwirtschaft/>

Zonenboys Eberswalde:

Erste Schritte im Sand

Beachhandball-Einführungskurs für die weibliche C-Jugend des SV Stahl Finow

Wer am ersten Freitag im Juni einen Blick auf den Sportplatz am Gymnasium Finow warf, wird sich gewundert haben, was dort vor sich ging. Bei strahlendem Sonnenschein stand Beachhandball auf dem Trainingsplan der weiblichen C-Jugend des SV Stahl Finow.

Angeleitet wurde die Trainingseinheit durch die Zonenboys-Aktiven Rick Gläske und Mirko Wolfgramm, welche den jungen Damen beispielsweise ihre ersten »Spin Shoots« beibrachten. »Eigentlich waren 90 Minuten Training angesetzt, doch die Mädels hatten einen Riesenspaß, weshalb am Ende mehr als zwei Stunden gemeinsam trainiert wurde«, so Mirko Wolfgramm, der seit Anfang des Jahres ausgebildeter Beachhandball-Referent beim Deutschen Handballbund (DHB) ist.

»Der Kontakt zu den Beachhandballern kam über das Internet«, erzählt die Trainerin der Finower Handballerinnen Anja Schwelle. Sie hatte im vorigen Jahr in Berlin das erstmalig beim Beachhandball zugeschaut. In der Sommervariante des Handballsports sieht Anja Schwelle eine willkommene Abwechslung zum Trainingsalltag.

Auch anwesende Eltern waren vom Beachhandball spontan begeistert und ließen sich problemlos in das Training einspannen, wobei die Regeln und das Wechselsystem sowie die vom Hallenhandball abweichenden Positionsbezeichnungen anfänglich für einige Irritation sorgten. Auch die Möglichkeit, mit Zweipunkte-Würfen dem Spiel eine ganz eigene Dynamik zu verleihen, war für die hallenhandballaffinen Sportlerinnen erst einmal Neuland.

Doch schon nach kurzer Zeit saßen die meisten Regeln und Besonderheiten und im freien Spiel wurde ansehnlicher Beachhandball gezeigt. »Besonders das kontinuierliche Überzahlspiel im Angriff ist hierbei ohne Probleme übertragbar auf die Überzahl-situationen in der Halle«, bemerkte der Finower Trainer Roland Brose. Natürlich spielen neben taktischen Kompo-



FOTO: ZONENBOYS EBERSWALDE

nenten auch körperliche Aspekte eine Rolle beim Beachhandball. »Schon alleine das Laufen und Springen im Sand dürfte einigen der Mädels einen Muskelkater beschert haben«, stellte Rick Gläske am Ende der Trainingseinheit fest. Jedoch sollte auch der Muskelkater nichts daran ändern, daß alle Beteiligten viel Spaß hatten.

Aus Sicht der Zonenboys ebenfalls sehr wichtig angesehen; wurde die Werbung für den Sport. Der deutsche Beachhandball stellt sich nach vielen »dunklen Jahren« neu auf. Auch die Zonenboys wollen aktiv dazu beitragen, die Szene neu aufzubauen. Neben Turnieren ist hierbei besonders die Jugendarbeit ein wichtiger Bestandteil.

»Wir würden uns also freuen, wenn auch weitere Barnimer und Brandenburger Teams Kontakt mit uns aufnehmen, um auch ihre ersten Schritte im Sand vollführen zu können«, so Wolfgramm.

Für die Zonenboys ging es schon am Wochenende des 10. Juni weiter. Die Mini-Beachsaison 2017 startete mit einem Turnier in Berlin. Wer Interesse am Beachhandball hat, erreicht die Zonenboys per E-Mail unter zonenboys@freenet.de oder auf Facebook.

PHILIPP MEICHßNER,
Zonenboys Eberswalde e.V.

Am 8. Juli startet das 2. Sommerfest in Finow

Nach dem erfolgreichen Start im vorigen Jahr, laufen die Vorbereitungen für das 2. Sommerfest in Finow auf Hochtouren. Wir freuen uns darauf, am 8. Juli auf dem Festplatz am Schwanenteich wieder zahlreiche Gäste begrüßen zu dürfen. Herzlichen Dank an alle Eberswalder, die uns im letzten Jahr Vorschläge zur Verbesserung des Sommerfestes unterbreitet haben. Einige der Vorschläge konnten wir bereits in diesem Jahr berücksichtigen.

In diesem Jahr starten wir daher bereits um 15 Uhr mit einigen Attraktionen für unsere Kleinen. Kinderschminken, Kinderkarussell und Co. können dann erkundet werden. Sportvereine aus Finow werden sich ebenfalls wieder vorstellen und zum Mitmachen einladen. Es ist

uns eine besondere Freude, daß das Sommerfest auch diesmal um 17 Uhr offiziell von unserem Bürgermeister Friedhelm Boginski eröffnet wird. So beginnt man Traditionen.

Die Party beginnt spätestens um 18 Uhr mit dem Auftritt der Band STEAM. Sie wird mit Liedern aus den 60er bis hin zu aktuellen Hits den Abend über die Bühne rocken. Im Anschluß lädt der DJ zum Tanz ein. Für das leibliche Wohl wird auch in diesem Jahr – mit erweiterten Kapazitäten – die Bäckerei Tauer aus Finow sorgen. Aufhören soll man, wenn es am schönsten ist. Daher freuen wir uns ab 24 Uhr auf das 3. Sommerfest in Finow im Jubiläumsjahr 2018.

VIKTOR JEDE, Stadtteilverein Finow e.V.

Wandertips

von BERND MÜLLER

Am Fischweg zur Victoriaaussicht Kap Arkona

Sonntag, 25. Juni, Wanderung und Fest

Nun sind bereits 15 Jahre vergangen seit Bernd Müller die erste Wanderung startete. Anlässlich dieses Jubiläum führen die NaturFreunde einen Nachmittag für alle ehemaligen und künftigen Mitwanderer durch. Als Programm ist eine kleine Wanderung (4 km) zum Teufelssee vorgesehen vorbei am Elefanten und mit einem geplanten Abstecher zur Victoriaaussicht am sogenannten Freienwalder Kap Arkona angelehnt an Caspar David Friedrich. Gegen 15 Uhr erwartet die Gäste Kaffee, Kuchen und nette Gespräche.

Treff: 13.30 Uhr Vor Danckelmannstr. 36, 16259 Bad Freienwalde, Veranstaltung kostenfrei; Kaffee/Kuchen je 1 Euro.

Wanderung durch den Grumsiner Forst

Sonntag, 2. Juli, durch das UNESCO Weltnaturerbe Grumsiner Forst (Führung) mit dem Förster Tobias Schramm; Südtour, 4 km

Treffpunkt ist die französisch reformierte Kirche in Klein Ziechten bei Angermünde. Von dort aus fahren wir noch gemeinsam ein Stück an den Wald heran. Von Luiesenfelde aus wandern wir am Südrand des Totalreservates Grumsiner Forst entlang. Dieser Buchenwald ist seit 2013 UNESCO-Weltnaturerbe. Die alten, mächtigen Buchen des größten Tieflandsbuchenwaldes der Welt bieten vielen seltenen Arten Unterschlupf und Lebensraum. Seit fünfzig Jahren wird der Grumsiner Forst nicht mehr bewirtschaftet und so ist er auf dem besten Wege, sich wieder zu einer urwaldartigen Wildnis zu entwickeln. Über die kleine Siedlung Töpferberge geht es zurück durch Felder und Wiesen nach Luiesenfelde. Länge: ca. 4km.

Treff: 13:30 Uhr Kirche, Französisch-Reformierte Kirche, Dorfstraße, 16247 Ziethen OT Klein Ziechten, Gebühren: Erwachsene 5 €, ermäßigt 2,50 €

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Angst vor Ratten

Was mir da so mal wieder durch den Kopf geht, weil ich gerade meinen Müll sortiert habe, der ja regelmäßig abgeholt wird. Wenn das nicht wäre, wir würden im Unrat jämmerlich verkommen und uns vor Ratten nicht mehr retten können. Also scheint mir das wichtiger zu sein als das große, teure »Verteidigungsgetue« Ich habe keine Angst vor Russen aber große Angst vor Ratten.

ELISABETH MONSING

Buch-Tip:

Esperanto in Berlin und Brandenburg

»Esperanto – Sprache und Kultur in Berlin und Brandenburg – 111 Jahre«, Hrsg. EVBB, Red. Fritz Wollenberg, Verlag Mondial – New York, Berlin, 509 Seiten, etwa 200 Illustrationen, zweisprachige Esperanto, Deutsch, ISBN 978-1-59569-340-2 (USA), Preis: 24 Euro.

Wie eine Schwedter Musikerin aus ihrem Gefühlschaos Esperanto-Lieder macht. Was ein japanischer Professor in Frankfurt an der Oder über die Verständigung zwischen Polen und Deutschen herausfindet. Weshalb ein Psychologe 1600 Seiten Stasi-Akten für ein Buch über die DDR-Esperanto-Jugend studiert. Warum eine in Brandenburg lebende Spanierin mit dem Esperanto positive Bilder wie Aus-

land, Paradies, Sonne und Licht verbindet. Wozu ein Forstfachmann in Eberswalde (Dr. KARL-HERMANN SIMON) 100 Leute mit dem Sammeln forstfachlicher Begriffe in 20 Sprachen beschäftigt. Welche Motive einen in Berlin lebenden Australier leiten, wenn er den esperantosprachigen Roman einer kroatischen Schriftstellerin über eine österreichische Schauspielerin ins Deutsche übersetzt. (kd)

Rosenkalender 2018

Diesen Kalender sollen Sie nicht von der botanischen Seite sehen, es sind nicht nur Rosen dargestellt. Das »Gelbe Windröschen«, eigentlich ein Hahnenfußgewächs, leuchtet als Frühblüher ebenso schön wie eine Rose, weil in der Umgebung noch alles grau ist. Das Gleiche gilt für die Christrose, die inmitten der gefrorenen Erde eine schöne Ansicht bietet.

Vermutlich lieben alle Menschen die Rosen, denn sie sind anmutig und zauberhaft, Kunstwerke der Natur.

Der Kalender 2018 widmet die Rosen den Frauen, einer benachteiligten Schicht in den Gesellschaftsordnungen fast aller Länder. Wie bekannt ist, unterstütze ich mit dem Erlös aus dem Kalenderverkauf die Stiftung www.frauenrechte.de, insbesondere die schwere Arbeit

gegen weibliche Genitalverstümmelung, Female Genital Mutilation (FGM).

Die Stiftung »Terre des Femmes«, www.tdf.de, wurde 1981 in Hamburg gegründet und arbeitet seitdem nur mit Spenden. Die Mitarbeitenden sind juristisch und soziologisch geschulte Frauen, z.T. Praktikantinnen dieser Fachrichtungen. Auch Männer widmen sich dieser Arbeit. Hierfür spenden meine Freunde und ich seit 15 Jahren regelmäßig.

Dr. med. WALTRAUD VOIGT

»Der Rosenkalender 2018« von Waltraud Voigt ist größer als A 5 und kleiner als A 4. Jeder Monat zeigt eine andere Rose. Kostenpunkt 7 Euro. Die Techniken Aquarell und Pastell. Seit 2009 erscheint jedes Jahr ein Kalender von Waltraud Voigt für TdF. Das eingenommene Geld wird für den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung überwiesen.

Integrationsjugendclub

Aus der künftigen Doppelnutzung des Stino als Jugendclub und Hilfs-Kita ergeben sich auch nach der entsprechenden Beschlußfassung noch Fragen und Problemstellungen.

Interessant könnte eine Erhebung zur täglichen Frequentierung des Stino und zur Zusammensetzung der Nutzer sowie vor allem zum Niveau der inhaltlichen Arbeit sein. Dazu gehört sowohl die umfassende und konkrete Erörterung des Konzeptes durch den Träger als auch das Aufzeigen des Ist-Zustandes sowie der vorhandenen Probleme und Lösungsvarianten.

Gegebenenfalls muß man auch darüber nachdenken, die Jugendclubarbeit perspektivisch gänzlich in die Hände bei der Stadt angestellter Sozialarbeiter zu legen. Das müßte auch im Interesse all derer sein, die den Jugenddialog mit seinen jugendclubtypischen Zielen und Aufgabenstellungen favorisieren und die bedauerlicherweise einen qualitativ noch höheren Ansatz, nämlich die Wiederbelebung eines bei den Stadtverordneten angesiedelten Kinder- und Jugendparlamentes vehement abgelehnt haben.

Angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen ist zwingend notwendig zu hinterfragen, wie sich der Internationale Bund (IB) als Träger der aktuellen Aufgabe stellt, den Jugendclub Stino integrationsfähig zu machen und ihn als Begegnungsstätte für in- und ausländische Jugendliche zu profilieren. Das wäre ein wirklich notwendiger und nutzbringender Ansatz interkultureller Jugendarbeit.

Künftig muß der Ausschuß für Soziales, Bildung, Kultur und Sport bei jeglicher Auftragsvergabe die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit mehr und gründlicher hinterfragen, regelmäßig Berichterstattungen abrufen und die konkreten Aufgabenstellungen immer wieder neu den aktuellen Gegebenheiten anpassen.

Dr. ILONA PISCHEL

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 14. Juni 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. August 2017.